

Gürtel des Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Gürtel des Volksboten“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.90 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgesparte Petizelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anträge für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Mittwoch, den 16. April 1913.

20. Jahrz.

Hierzu eine Beilage und
das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Matrikularbeitrags-Unwesen und Hansestädte.

Schon oft ist zutreffend darauf hingewiesen worden, dass die Frage der Reichsteuer ein deshalb eine besonders schwierige ist, weil das Deutsche Reich nicht, wie zum Beispiel Frankreich oder England, einen Einheitsstaat bildet, sondern einen Staatenbund. Jeder der diesem Bunde angehörigen 26 Staaten hat sein selbständiges Finanzwesen, sein eigenes Steuersystem. Die steuerliche Belastung des Volkes ist keine einheitliche, sondern eine unterschiedliche und vielseitige; sie erfolgt staatsrechtlich in zweifacher Weise: durch die Einzelstaaten und durch das Reich.

Die Einnahmequellen des Reiches sind bestimmt im § 70 der Reichsverfassung. Danach dienen zur Besteitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben zunächst die aus den Zöllen und gemeinsamen Steuern, aus dem Eisenbahnen-, Post- u. Telegraphenwesen sowie aus den übrigen Verwaltungsgewerben stehenden gemeinschaftlichen Einnahmen. Insofern die Ausgaben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche in Höhe des budgetmäßigen Betrages durch den Reichskanzler ausgeschrieben werden. Es sind das die sogenannten Matrikularbeiträge, die jetzt wieder bei den Deckungsvorlagen mit im Vordergrunde des öffentlichen Interesses und der parlamentarischen Kämpfe stehen.

Seit Gründung des Reiches beruht dessen Finanzwesen hauptsächlich auf dem System der Zölle und indirekten Steuern, die bekanntlich gerade die arbeitenden Klassen, die Massen der Unmittelbaren und Armen in ungerechter und schädlicher Weise belasten. Dieses System hat im Verlaufe von vier Jahrzehnten eine geradezu ungewöhnliche Ausgestaltung erfahren, und zwar in demselben Maße, wie die Ansprüche des Militarismus sich steigerten. Gegenüber den Einnahmen aus diesem System, die für das laufende Etatjahr über 1642 Millionen betragen sollen, erscheinen die Beiträge, die der Reichskasse aus den Reichsbetrieben zufließen, gering. Es sind das Uebertüsse, die im Etat für 1913 veranschlagt sind wie folgt: Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung 112 735 000 Mark, Reichseisenbahnen 31 532 000 Mark, Reichsbank 16 300 000 Mark, Reichsdruckerei 3 180 000 Mark, zusammen 163 747 000 Mark. Es ist nicht zu übersehen, dass auch diese Beiträge den Charakter indirekter Leistungen tragen.

An neuen Einnahmequellen sind hinzugekommen: im Jahre 1909 eine Reichs-Zollsteuer, die rund 40 Millionen jährlich bringt, und 1911 eine Reichs-Zuwachssteuer, deren Ertrag für das Jahr 1913 auf 18 Millionen Mark veranschlagt ist.

Über den Charakter der neuen Steuern, deren Bewilligung die Regierung jetzt im Rahmen der Deckungsvorlagen dem Reichstag zumutet, haben wir bereits Betrachtungen angestellt. Wir haben auch schon mehrfach darauf hingewiesen, dass im Reichstage der lebhafte Kampf wohl um die sogenannte „Vereidlung der Matrikularbeiträge“ geführt werden wird. Das hat sich ja auch schon im Verlaufe der Beratung der Deckungsvorlagen deutlich gezeigt. Die Sozialdemokraten bekämpfen nicht nur energisch die „Vereidlung“ dieses Systems, sie fordern die Abschaffung des Matrikularbeitragswesens überhaupt. Und sie begegnen sich da mit Bestrebungen, die auch in den Kreisen der liberalen Parteien schon oft hervorgetreten sind und gegenwärtig wieder mit besonderer Schärfe hervortreten. Man hat versucht, diese Beiträge aus dem Gedanken heraus zu rechtfertigen, dass das Reich gleichsam eine „Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung“ bildet. Aber diese Rechtfertigung ist eine völlig verfehlte.

Schon bei der Beratung des Entwurfs der Verfassung durch den Norddeutschen Bund erfuhr der Vorschlag, die Beiträge der einzelnen Bundesstaaten „nach Maßgabe ihrer Bevölkerung“ aufzubringen, starke Anfechtung. Selbst der Führer der Nationalliberalen, Rudolph v. Bennigsen, hat sich gegen ihn erklart. Aber auch der nicht minder bedeutende Führer der Nationalliberalen, Miquel, der das Ansehen eines gründlich durchgebildeten Finanztechnikers genoss, wandte sich gegen ihn. Am 9. März 1867 mache er unter anderem folgende Ausführungen: „Der Bund führt eine Ressourcenverteilung ein, welche allen Grundzügen

der Volkswirtschaft geradezu ins Gesicht schlägt. Der Bund verweist im wesentlichen zurück ins Mittelalter, zu den ersten Anfängen der Steuererhebung, er führt die Kopfsteuer ein, und damit ist das Steuersystem des Bundes nach meiner Meinung verworfen. Eine Umlage, welche hunderttausend Bremer gleichmäßig trifft wie hunderttausend Bewohner des Thüringer Waldes, kann unmöglich dauernde Basis des Steuersystems des Bundes sein.“

Der Bundespräsident Graf v. Bismarck erkannte diese Ausführungen unumwunden als zutreffend an. Er sagte unter anderem: eine Kontingentierung nach der Kopfzahl sei „ein unvollkommen Modus, eine Aushilfe von vorübergehender Natur“. Auch später noch hat sich Fürst Bismarck über diese Ansicht bekannt. So sagte er am 2. Mai 1879 im Reichstage wörtlich: „Die Matrikularumlage ist ungleich und ungerechtfertigt in ihrer Verteilung, wie damals Herr Miquel sagte: 30 000 oder, wie er sagte, 100 000 Einwohner von Thüringen oder Waldeck können nicht ebensoviel zahlen an Matrikularbeiträgen wie 30 000 oder 100 000 Einwohner von Bremen oder Hamburg.“

Aber obwohl selbst der leitende Staatsmann sich scharf und unzweideutig zu dieser vernünftiger und gerechterweise gar nicht zu bestreitenden Erwagung bekannte, hielt unsere Reichsfinanz fest an dem unglücklichen Matrikularbeitragswesen. Und jetzt, wo es sich um eine „neue Reichsfinanzreform“ handelt, will man dieses Unwesen gar noch „vereideln“, das heißt im richtigen Sinne des Wortes verschwinden. Nach der betreffenden Deckungsvorlage soll jeder Bundesstaat von jedem Kopf seiner Einwohner 80 Pf. in die Reichskasse zahlen müssen. In der „Deutschen Juristenzeitung“ nimmt der Senatspräsident des preußischen Oberverwaltungsgerichts, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Struhs-Berlin, Stellung zu dieser Frage. Nach § 1 des Entwurfs, betreffend Änderungen im Finanzwesen, sollen bekanntlich auf Grund der Veranlagung des Wehrbeitrages auch die neuen Matrikularbeiträge auf die Bundesstaaten umgelegt werden. Dr. Struhs erklärt ebenso drastisch wie wahr, dass damit für die Bundesstaaten „geradezu eine Prämie auf eine schlechte Veranlagung“ gesetzt wird. Die Überwachung der Veranlagung durch die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern (§ 65) reiche demgegenüber nicht aus, um so weniger als weder diese noch das Reichsschatzamt hinreichende Erfahrungen auf dem Gebiete der direkten Steuern besitzen. Gerade weil die Veranlagung des Wehrbeitrages auch den Maßstab für die Matrikularbeiträge abgeben sollte, werden nach der zutreffenden Überzeugung dieses Gewährsmannes Ungleichmäigkeiten und Fehler in der Veranlagung noch bedenklicher, als sie es ohnehin schon wegen der Höhe des Steuersatzes sind.

In einer dem Reichstag unterbreiteten kritischen Betrachtung der Wehrvorlage und der Deckungsvorlage beschäftigt Dr. Hermann Apelt, Syndikus der Bremer Handelskammer, sich auch mit der Frage der Matrikularbeiträge und ihrer „Vereidlung“. Die spezielle Bedeutung dieser Arbeit liegt in dem Nachweis, dass man es in dem Vereidelungsvorschlag mit einer tatsächlich ungerechten Vereidigung zu tun hat. Dr. Apelt bemerkt dazu: „Selbst angenommen, der Ruf nach Vereidelung der Matrikularbeiträge sei in früheren Jahren bis zu einem gewissen Grade berechtigt gewesen (was sich allerdings bei objektiver Würdigung der finanziellen Gesamtlage der einzelnen Bundesstaaten kaum bestätigt finden dürfte), so haben sich doch die Verhältnisse von Jahr zu Jahr verschoben. Die Schilderung, die er von dieser Verhinderung entwirft, lässt sich in der Hauptsache wie folgt zusammenfassen:

Sicherlich wird das auf den Kopf des Einwohners im Durchschnitt entfallende Vermögen in den Hansestädten auch heute noch erheblich größer sein, als in der Mehrzahl der andern Bundesstaaten, aber man soll sich im Binnenlande nicht sehr übertriebene Vorstellungen von dem hanseatischen Reichtum machen. Vor allem darf nicht übersehen werden, dass das Monopol des Eigentums im überseeischen Einfahrts- und Ausfuhrverkehr, das die hanseatischen Hafenstädte früher für sich in Anspruch nehmen durften, und auf dem in erster Linie der alte Reichtum dieser Städte beruhte, längst gebrochen ist, und doch ein immer größerer Teil des Verkehrs dieser Häfen lediglich noch Speditionshandel darstellt —, eine Entwicklung, die keineswegs als abgeschlossen gelten darf. Die hanseatischen Städte sehen sich Aufgaben und Ausgaben gegenüber, denen die mitteldeutschen Binnenstädte nichts auch nur annähernd Aehnliches entgegenstellen haben. Die Summen, die Hamburg und Bremen für ihre Hafenanlagen und ihre Zufahrtsstraßen vom Meere aus aufwenden müssen, wenn sie sich den moder-

nen Ansprüchen anpassen und im Wettbewerb mit den ausländischen Häfen bestehen wollen, sind im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts riesenhaft gewachsen. Es handelt sich da um Auswendungen, die nicht ausschließlich im Interesse der Hansestädte bestehen, sondern im Gesamtinteresse des Reiches gemacht wurden und unzweifelhaft weiter gemacht werden müssen. Einen Verdienst aus diesen gewaltigen Investitionen zu ziehen, der die Selbstkosten überschritte, ist den Hansestädten schon durch die Reichsverfassung untersagt. Hinzu kommt die schräge Konkurrenz der ausländischen, insbesondere die der so vielfach begünstigten niederländischen und belgischen Häfen, die es ausgeschlossen erscheinen lässt, die Gebühren für die Benutzung der Hafenanstalten auch nur so weit anzuziehen, dass daraus neben den Betriebskosten wenigstens die zur Verzinsung der investierten Kapitalien erforderlichen Beträge gedeckt werden könnten, von einer Tilgung ganz zu schweigen. So sehen sich die hanseatischen Hansestädte in der üblichen Lage, dass sie aus dem Hauptteil ihres Staatsvermögens nicht nur keine Rente ziehen können, sondern im Gegenteil jährlich Millione aus dem laufenden Haushalt zu schieben müssen. So erklärt es sich denn auch, dass die Hansestädte vermöglichst häufig die am meisten verschuldeten unter den Bundesstaaten sind, und dass zugleich die Vermögens- und Einkommensteuer nirgend so scharf angespannt sind wie in den Hansestädten, wozu noch die Besteuerung der Erbschaften in gerade der Linie kommt.

Es ist also ein durchaus berechtigtes und sehr schwerwiegendes wirtschaftspolitisches Interesse speziell auch der Hansestädte in Anspruch zu nehmen für das Verlangen, dass insbesondere die Vertreter dieser Städte und ihrer an diesem Interesse partizipierenden Nachbargebiete mit größter Einsichtlichkeit der sagen. „Vereidelung“ der Matrikularbeiträge sich widersehen und auf die Beseitigung des Matrikularbeitrags-Unwesens überhaupt hinzuwirken, nicht nur die Abgeordneten der Hansestädte und ihrer Nachbarschaft, sondern auch die Vertreter dieser Städte im Bundestag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die auswärtige Politik im Reichstage.

Die Sozialdemokraten sind die Agenten des Ausländers, in jedem Lande und wo auch die Kritik an der eigenen Regierung geübt wird. Genosse Ledebour gab die einfache und überzeugende Erklärung für diese merkwürdige Auffassung, die immer und immer wieder in den Reden unserer Gegner wiederkehrt. Sie verstehen nicht — so etwa sagte er — dass die internationale Gerechtigkeit, die wir fordern, den Interessen des eigenen Volkes dient. Da klafft allerdings ein ungeheurer Unterschied in der Beurteilung der auswärtigen Politik. Wir reden sicherlich an den Bürgerlichen vorüber. Sie aber kennen nicht die Gesichtspunkte großer Menschheitsinteressen! Nur und ausschließlich die diplomatische Vertätigung im Dienste eigener Macht oder der Macht eigener Kapitalisten leitet ihre Gedankengänge.

Ob von der Orientpolitik die Rede ist oder von deutschen Interessen in China, immer bestätigt sich, in den Reden der Regierung und der anderen Fraktionen diese uns fremde geistige Verfasung. Dafür haben gestern Herr Dr. Dertel, der Nationalliberale Prinz zu Schönbach-Carolath, sein Fraktionsfreund Paasche und der fortschrittliche Redner Dr. Müller-Meiningen Beweise gegeben. Wenn aber wenigstens im Sinne ihrer Urheber diese Politik erfolgreich wäre! Genosse Ledebour hat in seiner ausgezeichneten scharfen und präzisen Rede gerade die Wirkungslosigkeit dieser Methode gezeigt, die in ihrer Engherzigkeit fast immer ohne Erfolg geblieben ist, und er hat z. B. an der Politik des Deutschen Reiches im Osten Europas nachgewiesen, wie sie bei einer Teilnahme an einer Annexion- und Eroberungspolitik den legitimen Einfluss verlieren muss. Verschlimmert werden die Wirkungen des grundätzlich falschen Systems durch die altertümlichen und lächerlichen Mängel der Organisation. Auch dafür brachte unser Redner lebendige Dokumente bei. Im Grunde herrscht da eine innige Seelenverwandtschaft mit der panzaristischen Politik, die von Ledebour eingehend untersucht wurde. Die Beurteilung dieser Methoden wird allerdings durch die Ordnungsruhe eines empfindlichen Präsidenten nicht zerstört.

Fast alle Redner befassten sich mit den Vorgängen in Nancy, nachdem der Staatssekretär mitgeteilt hatte, dass der deutsche Botschafter in Paris beauftragt sei, eine Untersuchung zu fordern. Die Ausschreitungen, von denen die Reden gewesen sind, wurden auf allen Seiten lebhaft be-

dauert. Aber die bürgerlichen Parteien suchten zum großen Teil aus diesen Vorgängen Kapital zu schlagen zugunsten des deutschen Chauvinismus. Genosse Ledebour wies darauf hin, daß gerade durch die deutschen Rüstungen die französischen Überpatrioten in ihrem Eifer bestärkt worden seien, und Genosse Dr. Weiß machte auf den eigentümlichen Charakter der Stadt Nancy aufmerksam, der es nicht zulasse, daß man aus nationalistischen Erzeugnissen, die sich dort zutragen, Schlussfolgerungen auf den in ganz Frankreich herrschenden Geist ziehe. In diesem Zusammenhang forderte Weiß, daß die deutsche Politik durch Anerkennung der Rechte der Elsaß-Lothringer auf eine Selbstregierung den Chauvinisten in Deutschland und in Frankreich ihren beliebtesten Vorwand nehme. Das betonten unsere Redner mit besonderem Nachdruck, daß viel ernster und schlimmer als die Ausschreitungen eines französischen Publikums die ungherigen und törichten Maßnahmen der deutschen Behörden in Magdeburg und Braunschweig gegen unseren französischen Genossen Compere-Morel zu beurteilen seien. Abrigens beklagte auch der fortschrittliche Redner Herr Dr. Müllers Meinungen das Vorgehen gegen den französischen Abgeordneten. Am Schlus der Sitzung entwickelte der Fortschrittl. Herr Doye noch das Programm einer auswärtigen Politik, die die Zusammenhänge und die Bedeutungen der wirtschaftlichen Entwicklung versteht.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Die dritte Sitzung des Staats, die am Dienstag im Abgeordnetenhaus begann, gab zu recht stürmischen Debatten Anlaß. In der Generalsdebatte sprach zunächst Abg. Lippmann von der Fortschrittlichen Volkspartei, der zwar die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform betonte, es aber gleichzeitig nicht unterlassen konnte, mehr oder weniger verdeckte Angriffe gegen die Sozialdemokraten zu richten, weil sie die Freisinnigen nicht überall ohne Gegenleistung gegen die Reaktion unterstützen. Herr Lippmann will offenbar im Volke den Anschluß erwecken, daß die Sozialdemokraten durch ihre Taktik die Reaktion stärken. Ihm entwiderde in sehr gehäckster Weise Gen. Leinert, dessen Rede eine vernichtende Anklage gegen die ganze preußische Politik, insbesondere gegen die Wirtschaft des schwärzblauen Blocks bildete und die in der Forderung der Beseitigung des Dreiklassenwahlsystems und seines Erfahres durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gipfelte. Der Umstand, daß Leinert auch die neuesten Heldenstücke des Magdeburger Polizeipräsidiums erwähnt hatte, gab dem Minister des Innern Veranlassung, das Vorgehen des Polizeipräsidiums in Schlag zu nehmen. Im weiteren Verlauf seiner Rede, die offenbar wohl vorbereitet war und eine Wahlrede in des Wortes schlechtester Bedeutung bildete, holte der Minister die ältesten Leidenschaften gegen die Sozialdemokratie hervor. Er schwieß sich nicht, längst widerlegte Behauptungen aufs neue vorzubringen, wobei er jedesmal den lebhaftesten Beifall der Mehrheit des Abgeordnetenhauses sand. Der Minister kennt seine Leute, er weiß, daß er diesem Hause alles zu bieten wagen darf. Aufs schärfste wandte sich Herr v. Salmis gegen jede Reform des Dreiklassenwahlsystems; er steht nach wie vor an dem Standpunkt, daß das Versprechen der Thronrede durch die Einbringung der Wahlrechtsvorlage von 1910 eingelöst ist, und daß die Regierung solange keine neue Vorlage einzubringen braucht, bis sich nicht die Parteien über die Ziele der Wahlrechtsreform geeinigt haben. — Die Worte des Ministers waren das Signal zu einer allgemeinen Hetze gegen die Sozialdemokratie. Redner aller Parteien, von den Konservativen bis zu den Fortschrittlichen, überboten sich förmlich in allerhand törichten und elbernen Angriffen auf unsere Partei. — Allerdings war man ja gäding, noch den Gen. Stöbel zu Worte kommen zu lassen, der dann gründlich mit der bürgerlichen Mehrheit abregnete, indem er nochmals mit derselben Schärfe wie Leinert für ein freies Wahlrecht in Preußen eintrat. — Besonders schmählich war in dieser Debatte die Haltung der Fortschrittl., die deutlich durchblicken ließen, daß es ihnen mit dem Wahlrechtskampfe nicht ernst ist.

In etlichen lebhaften Debatten kam es bei der Beurteilung des Staats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Hier war es der Abg. Benkert vom Zentrum, der den traurigen Mut hatte, in einer Polemik gegen den Gen. Leinert die bekannten, längst widerlegten Behauptungen gegen unsere verlorenen Genossen Singer zu wiederholen. Eine Erwiderung hieltens wurde unseren Genossen unmöglich gemacht, da die Mehrheit in bekanntem Mangel an Zeit und die Debatte gewaltsam schlug.

Polizeiliche Franzosenfurcht.

Die ganze bürgerliche Presse lädt zu der Zeit, weil in Paris einige Deutsche vom französischen Pöbel infiziert werden sind. Auch offizielle Ausgebungen deuten an, daß die deutsche Regierung nachdrücklich Genehmigung für die Rückhandlungen und Beleidigungen Deutscher auf französischem Boden fordern werde. Sicher ist das Verhalten des erzürdigten französischen Pöbels antisemitisch zu betrachten, aber wirre deutsche Chauvinisten sollen in ihrer Erziehung dort die Franzosen nicht vertreten, welche ihr die deutsche Großmachtheit den Franzosen gezeigt haben. Da ich mich Franzosen hier in Deutschland blicken lasse, die im Sinne gegenwärtiger Verbündigungen, für den Frieden zwischen beiden Nationen reden wollten, hat die deutsche Polizei diesen Franzosen verächtlich verachtet, und in Straßburg ist am Montag eben der französische Abg. Compere-Morel der Polizei förmlich hinausgeworfen worden, als er kaum beschwichtigten Boden auf dem Bahnhof befand. Es wird uns über dieses Heldenstück der Befreiungspolizei berichtet:

Herr der französischen Delegation Compere-Morel fordert die deutsche Polizei eine formelle Abschaffung eingesetzter zu lassen; von Magdeburg aus wußte er sich nach Berlin und trat etwas später 7 und 8 Uhr in Braunschweig ein, um dort in einer Versammlung eine lange Rede zu halten. Die Polizei weigerte, mit diesem Herrn Compere-Morel in Braunschweig einzutreten, was er entsetzt, nach der Zug rückte, bei Polizeibeamten auf dem Bahnhof, und als Compere-Morel den Zug verließ, im letzten Minuten seiner flüchtigen Gedanken stand, in Erwartung nahm und auf der Bahnsteig-

wache brachte. Es war unseren Genossen, die den französischen Gast auf dem Bahnhof abholen wollten, schließlich unmöglich, ihn auch nur zu begleiten; die Polizei duldet nicht, daß er mit jemandem spricht. Auf der Polizeiwache wurde dem französischen Abgeordneten eröffnet, daß er Braunschweig sofort wieder zu verlassen habe. Compere-Morel und Steiner wurden an den Fahrkartenschalter geführt, dort mit einem Billett versehen und dann an den zur Abfahrt bestehenden Zug geleitet. Erst der heftige Protest des Genossen Steiner bewirkte, daß die Polizei von ihrem Verlangen der sofortigen Abreise beider abstieß. Dafür wurden sie aber wieder zur Polizeiwache gebracht und dort festgehalten, bis die Versammlung im Konzert-Hause vorüber war. In der Versammlung ereigte die Verhaftung des französischen Abgeordneten natürlich sürmische Entrüstung; es wurde eine scharfe Protestresolution sowohl gegen die Militärvorlage als auch gegen das Verfahren der Braunschweiger Polizei angenommen.

Wenn die deutsche Polizei gegen Franzosen, die in der Absicht zu uns kommen, dem Frieden zwischen Frankreich und Deutschland das Wort zu reden, hinauswirft, dann kann man sich nicht wundern, wenn der ungebildete französische Pöbel Deutsche, die er im Verdacht hat, spionierende Offiziere zu sein, insultiert und belästigt. Entwächst man sich über das Vorgehen der Franzosen, dann soll man gesäßt nicht vergessen, auch vor der eigenen Tür zu kehren.

Handelskammern für Kriegsrüstungen.

In der Stimmungsmache für neue Kriegsrüstungen stehen die Handelskammern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet vorne an. Die Dortmunder Handelskammer, die sich gemeinsam mit der von Bochum, Essen, Duisburg und Wesel in einem Telegramm an die Reichsregierung in geradezu verdächtigem Eifer für die Militärvorlage ausgesprochen hat, hat gelegenlich ihrer am Sonntag stattgefundenen 50jährigen Jubelfeier eine neue Stimmungsmache für die Rüstungsvorlage in Szene gelegt. Nachdem Handelsminister Sydow in seiner Ansprache der Kammer das Zeugnis ausgestellt, daß die Wirtschaftspolitik des Reichs bei ihr stets volle Unterstützung gefunden und der Präsident der Handelskammer, Geheimrat Kleine, die Gelegenheit wahrgenommen hat, für die Notwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit eine Laune zu brechen, hielt der Syndikus der Kammer eine Ansprache, in der er die Bedeutung des Dortmunder Handels und des Dortmunder Hafens betonte. Bemerkenswert an seiner Rede war der Schluss. Nach dem Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ hat der Herr Syndikus sich das folgende geleistet:

Die mitten in wirtschaftlichen Selbstbetrieben lebenden Dortmunder Industriellen und Kaufleute wissen auch genau, was das Offenhalten der Abgangswege zu Lande und zu Wasser, wie das Fehlen genügender Markt für sie und Deutschland zu bedeuten hat. Der Schaden, welchen das nationale Vermögen und der Volkswohlstand durch einen ungleichen Krieg erleiden könnte, würde in ganz kurzer Zeit das Mehrfache im Betrage haben, was unsere Rüstungen zusammengenommen bis jetzt beansprucht haben. Deshalb hat sich die Dortmunder Handelskammer wiederholt für die Notwendigkeit ausgesprochen, das Wirtschaftsleben gegen Eingriffe der Feindesstaat, das Eigentum gegen Plünderung und Brandstiftung des siegreichen Gegners und die Kästen (private wie öffentliche) gegen ungeheure Kriegskontributionen zu verteidigen und zwar durch die Kriegsbereitschaft eines starken Heeres und einer starken Flotte. Sie ist das heute mehr als je.“

Der Herr Syndikus, dem Herr Sydow den Kronenorden 3. Klasse mitgedacht hatte, hat selbstverständlich diese Ausführungen im vorherigen Einverständnis mit den mehrgewählten Herren von der Kammer, wenn nicht gar auch mit dem des Herrn Sydow gemacht. Jedemfalls ist an dieser kriegshässlichen Riedeübung, die wie eine Kriegsvereinsparade armutet, noch besonders bemerkenswert, daß die privaten Interessen des Kapitals wiederholt denen des Reichs in ungeniertester Weise vorangestellt werden. Erst die Prozentpatrioten ganz Deutschlands und erst die privaten, dann die öffentlichen Kästen!

Flugzeuge — keine Flugfahrt!

Der militärische Berater der „Deutschen Tageszeitung“ kommt in einem Artikel, betitelt: „Ist das Luftschiff eine Kriegswaffe?“ zu folgendem Ergebnis: „Grundzäh für alle Erfindung ist: Sehen, aber sich nicht jehen lassen und sich nicht treffen lassen, wenn man doch gejehen wird. Dieser fundamentalen Forderung widerspricht aber das Luftschiff in seinem ganzen Wesen. Die Frage: „Ist das Luftschiff eine Kriegswaffe?“ muß für den Landkrieg wenigstens strikt verneint werden. Es wäre schwer zu beantworten, wenn wir wegen der neuen „epochemaßen“ Maschinengewehrausstattung auch nur ein einziges Flugzeug weniger bauen wollten.“ — Trotz alledem werden auch ungezählte Missionen in neue Luftschiff gestellt werden.

Die Schatzabfahrt muß in Bargeld erfolgen.

Das Organ der bairischen Regierung, die „Karlsruher Zeitung“, teilt mit, daß auf die Frage einer bairischen Handelskammer der Reichskanzler im Einverständnis mit dem Präsidenten des Reichsbankdirektoriums entschieden hat: Die Löhne der Arbeiter dürfen nicht in Reichsbanknoten bestehen, sondern müssen in Reichsmünzen und bar ausgezahlt werden.

Respekt vor diesem Manne!

Während sich die offizielle Zentrumspreche in Lüdenscheid über die fahne Attache des Generals Häugler im Reichstag hält oder ihn sogar noch bestimmt, rüft die kleinere Presse, die mehr mit den Lebensinteressen ihrer Leser vertraut ist, ganz offen mit ihrer Sympathie für das Unstreitbare Häuglers heraus. So schreibt das in der bedrohlichen Competerstadt Sädingen erscheinende „Folksblatt“:

„Der Zentrumsabgeordnete Häugler vorgenommene Kritik an unserer Regierung war äußerst scharr. Aber die Wehrkraft des Zentrums welche doch dem mutigen General den h. aufrichtigen Dank, daß er freit und frei das Kriegsschiff, was jetzt längst in aller Leidenschaft

lichkeit hätte gesagt werden sollen. Respekt vor diesem Manne!“

Zude Zeile dieser Zustimmung zu Häuglers Rede bedeutet für die Zentrumsabgeordneten, die am vorigen Mittwoch ihren eigenen Fraktionskollegen verlegen schweigend zugehört, eine schallende Ohrfeige.

Österreich-Ungarn.

Österreichs Reaktionäre. Dem galizischen Landtag ist eine Wahlreform vorgelegt worden, die die beiden das Land bewohnenden Volksstämme, die Polen und die Ruthenen, vereinigen und den Landtag auch etwas demokratisieren will. Gegen diese schon seit Jahren versprochene Wahlreform machen nun — die Bischöfe, die dem Landtag Kraft ihres Amtes angehören, Obstruktion. Was würde der Gründer des Christentums zu diesen Hörten sagen?

Belgien.

Der Generalstreik. Aus dem Streikgebiet gehen aus folgende Telegramme zu: Brüssel, 14. April. In 29 Gemeinden des Industriebezirks Charleroi streiken 30 862 Mann. In der Borinage ist die Arbeitsruhe allgemein. Auch ein großer Teil Staatsarbeiter in den Eisenbahnwerkstätten hat die Arbeit eingestellt. Den Bergwerksdirektionen in Charleroi wurden die Arbeiten für die Instandhaltung der Bergwerke verweigert. Im Lütticher Revier ist der Streik fast allgemein. In Antwerpen ruhen alle Metallfabriken, im Hafen streiken 13 000 Hafenarbeiter. Der Verkehr ist lahmgelegt. Die Docks werden durch 4 Infanterieregimenter überwacht. In Berviers arbeiten von 25 000 Textilarbeitern noch 3000. In Namur herrscht völlige Arbeitsruhe. Die Öfen in der Glasindustrie drohen auszugehen. In Gent streiken 17 000 Textil- und Metallarbeiter. Dort findet am Mittwoch eine große Demonstration statt. In Brüssel streiken alle Arbeiter der Großindustrie. Trotz dem ablehnenden Beschlus ihrer Gewerkschaft streiken auch die meisten Schriftsteller, nur die Zeitungsleger arbeiten. Das Personal der Strafanstalten wartet auf ein Signal des Verbundsvorstandes, um entweder mit der passiven Resistenz oder mit ihrem Streik zu beginnen. In den Industriebezirken patrouilliert Militär. In einzelnen Gemeinden haben die klerikalen Bürgermeister jede Ansammlung von mehr als 5 Personen verboten.

Nach dem Gendarmeriebericht streiken in Charleroi 22 000 von 38 186 Industriearbeitern, und zwar 15 993 Bergarbeiter von 27 099; 10 599 Metallarbeiter von 10 944, 2879 Glasmacher von 4811. Von den übrigen Gewerben streiken insgesamt 61 431 von 81 040 Arbeitern.

Nach einer Zusammensetzung im Ministerium des Innern streiken am Montag in der Provinz Hennegau 152 000 von 208 000 Arbeitern; in der Provinz Namur 4800 von 19 000. In beiden Provinzen zusammen streiken 81 500 Bergarbeiter von 93 800; 36 500 Metallarbeiter von 55 503; 18 500 Glasmacher von 22 300; 18 270 Steinbrucharbeiter von 20 350. Das Ministerium gibt ferner für Montag 56 159 Streikende von 59 500 Arbeitern im Centredreier an, also 3000 Streikende mehr, als die Schätzung des Streikkomitees ergibt.

Brüssel, 15. April. Die Streikenden im Centredreier sind von 42 000 auf 50 000 gestiegen. Der Polizeibericht von Gent wies gestern früh 14 348 Streikende auf; heute früh: 19 570. Heute traten auch auf der Aussstellung 100 Arbeiter in den Streik. In Gent streiken jetzt über 20 000 Arbeiter. Dort wurden die großen Betriebe mit Militär besetzt. Auch in Berviers sind heute 2000 Textilarbeiter mehr in den Streik getreten. Hunderte von Arbeitern wandern bereits nach Frankreich und nach Deutschland aus. Auch im Antwerpener Hafen ist ein weiterer Zuwachs der Streikenden zu verzeichnen. Die Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd verladen mit der eigenen Besatzung. Auf den Schiffen der Red Star Linie konnte nicht einmal das Gepäck der Reisenden verladen werden. Heute liegen 199 von 250 Kästen still. Drei Hafenarbeiter wurden wegen Belästigung von Streikbrechern verhaftet. Ein Streikbrecher ist verwundet worden.

Im Bezirk Borinage ist die Situation unverändert. Die Arbeitsruhe ist eine vollständige. Im Revier Charleroi nahm der Streik weitere Ausdehnung; viele Betriebe, die gestern mit wenigen Arbeitern aufrechterhalten wurden, mußten heute geschlossen werden.

Holland.

Ein Wahlrechtsvorschlag in Holland. Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer hat eine Vorlage als Notgesetz eingereicht, die bezweckt, das Wahlgesetz derart abzuändern, daß die Wahlzeit, die jetzt von 8 Uhr morgens bis abends 5 Uhr dauert, bis abends 8 Uhr verlängert wird. Da die Wahlen in Holland, wie in den meisten Ländern mit überwiegend protestantischer Bevölkerung, an Wochentagen abgehalten werden, ist jetzt für viele Arbeiter das Wählen mit einer beträchtlichen Aufopferung an Zeit, d. h. an Lohn, verbunden. Zwar bestimmt das Gesetz, daß jeder Unternehmer seinen wahlberechtigten Arbeitern zwei Stunden während der Wahlzeit freizugeben hat; es versteht sich aber von selbst, daß mancher Arbeiter sich zu abhängig fühlt, um diese zwei Stunden zu fordern. Das Notgesetz bestimmt nun, diejenigen Arbeitstände abzuheben, indem es die Wahlzeit über die Arbeitszeit hinaus verlängert. In ihrer Begründung hat die Fraktion ausdrücklich hervorgehoben, daß sie die Erledigung der Vorlage noch vor den im Juni stattfindenden Generalwahlen erwartet. Die Einreichung der Vorlage beruht auf einer Abstimmung des letzten Parteitages.

Balkan.

Ein zehntägiger Waffenstillstand. Ab gestern mittag ist zwischen den Kriegsführern ein zehntägiger Waffenstillstand abgeschlossen worden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß nunmehr der Friedensabschluß nicht lange mehr auf sich warten läßt.

Montenegro hat nun, nachdem die Serben ihre weitere Mithilfe verweigern, auch die Nase voll. Es hat den Angriff auf Skutari aufgegeben und das Feuer eingestellt. Also auch hier ruhen die Waffen.

Asten.

Ein Gefecht in der Mongolei. Eine Abteilung Mongolen wurde, wie der Befehlshaber der Abteilung berichtet, an der Grenze des Chalcha-Gebietes von einer chinesischen Reiterabteilung angegriffen. Der Angriff ist zurückgeschlagen worden. Die Chinesen haben 400 Tote, fünf Maschinengewehre, den Train, hundert Gewehre und 10.000 Patronen verloren.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 16. April.

Achtung, Sperrre! Die Vanschlosser im Städtegebiet Hamburg-Altona-Wandsbek stehen im Streit! Zugang ist strengstens fernzuhalten! Ferner sind wegen Streits gesperrt die Fahrschulhaber Merten, Hammerbrook und sämtliche Geldschrank-Häbser. Deutscher Metallarbeiterverband, Betriebsleitungsschule Hamburg.

Die Bürgerschaftswahlen, welche im November d. Js. stattzufinden haben, beschäftigen schon jetzt die bürgerlichen Gemüter. In den verschiedenen Vorstadt-Vereinen, die angeblich sich nur mit gewissen kommunalpolitischen Dingen und Einrichtungen, sowie deren Mängeln und Verbesserungen beschäftigen, bildet die Bürgerschaftswahlentscheidung den Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Wohl ist man sich darüber einig, daß die Kandidaten Leute sein müssen, die für die Interessen der breiten werttätigen Bevölkerungsschichten keinerlei Verständnis benötigen, sondern solche, die nur im Dienst der maßgebenden Kliquen ihr Mandat auszuüben haben; man weiß nur nicht, wie man es anstellen soll, daß, nachdem sich die Bürgerschaftswahlmacher im Jahre 1911 in zwei Lager gespalten haben, die beiden Kliquen Personen ihre Stimmen geben, die natürlich nur einer Gruppe angehören können. Der diesjährige Kampf des Bürgertums um die Futterkrippe kann danach wieder recht interessant werden. Größere Gesichtspunkte sind in diesen Kreisen bei den Bürgerschaftswahlen nicht maßgebend. Die Bekämpfung persönlicher Großmannschaft, die Förderung bestimmter Interessen sind in der Hauptphase die leitenden Motive. Die Arbeiterschaft hat von jener Seite nichts zu hoffen; sie hat dagegen die Pflicht, schon jetzt daran zu hinzuarbeiten, daß jeder werttätige Mann unseres Freistaates, der die Vorbedingungen dafür erfüllt hat, das lübische Bürgertum erträgt, damit bei den Bürgerschaftswahlen durch den Stimmzettel zum Ausdruck gebracht werden kann, daß die Erwählten der Kliquen in unserer Bevölkerung nur wenig Boden besitzen.

b. Schöffengericht am 15. April. Hundesteuer wollte der Barbier E. nicht bezahlen, denn er hatte nach seiner Behauptung den Kötter schon verdient, als er noch nicht steuerpflichtig war. Die Zeugen sagten zum Teil anders aus, was den gegen die polizeiliche Strafverfügung Einspruch erhobenen zu einer etwas unvorsichtigen Bewertung reizt. Diese trägt dazu mit bei, daß die Strafe von 6 M. auf 10 M. erhöht wird. Eine Heile soll der Kötter P. mitgenommen haben, der bei einem Kostümfest am 3. März in Travemünde tätig war und die Nacht über in einem Aufleideraum schließt. Als der Besitzer am andern Morgen seine Hose abholen wollte, war sie verschwunden. Zwei Tage später wurde sie von einem Kriminalschutzmann bei dem Angeklagten gefunden. Dieser will die „Unausprechlichen“ von einem Händler für 2,50 M. gekauft haben. Das Gericht nimmt dieser Angabe keinen Glauben bei — die Hose paßt dem Angeklagten zudem gar nicht — und verurteilt P. zu 8 Tagen Gefängnis.

Heile e. Ein 12jähriges Mädchen in Kurau brachte seine Mutter im Laufe der Zeit Geldbeträge von 5, 1,60, 1,2, und 2,65 M., die es von einem Vieciesten erhalten haben will. Da bei armen Leuten das Fleisch zu Zeiten sehr knapp ist, suchte das Kind diesem Missstand dadurch abzuhelfen, daß es sechs Leberwürste irgendwo abzchnitt und der Mutter brachte, die jetzt wegen Habserei auf der Anklagebank sitzt. Sie mußte wissen, daß derartig hohe Beträge nicht von Schenkungen herrühren und nichts anderes als gefälschtes Gut sein können. Der Staatsanwalt beantragte für diese Habserei, die indirekt Anstiftung zum Diebstahl in sich schließe, 6 Wochen Gefängnis. Auf diese Strafhöhe lautet auch das Urteil.

Ein kleine eitle Pumacherin S. suchte ihre mangelnde Größe durch Schönheit der Hütte auszugleichen. Sie nahm ihrem Arbeitgeber im Laufe eines Jahres allerdank Federn und Samtänder weg, die auf etwa 200 M. veranschlagt waren. Einige hübsche Federn bis 24 M. Wert trug sie selbst, eine Reiherfeder, die mit 10 M. veranschlagt wird, verlor sie für 2 M. an eine Frau, der sie noch eine Straußfeder für 24 M. schenkte. Das andere verwahrte das Mädchen in ihrer Bodentasche. Der Staatsanwalt betrachtet diese Diebstähle als besonders groben Vertrauensbruch und beantragte 6 Wochen Gefängnis, der Verteidiger möchte seine Alientin nur mit einem Beweis bestreit wissen, da ihr skrupelloses Sticheln nur ein ungünstiger Jugendstreit sei — die kleine Diebin ist jetzt kaum 17 Jahre alt. Das Urteil lautet auf 3 Wochen Gefängnis, doch wird vom Gericht die bedingte Begnadigung empfohlen.

— Diese Eingriffe in die Kasse seines Prinzipals mache ein jetzt 23jähriger Handlungsschluß. Hier eignete er sich im ganzen 1200 M. an, in Schwerin, wo er in der gleichen Firma tätig war, 100 M. Teils benutzte der leichtsinnige Mensch die Rettungskasse bei der Zahlung überhaupt nicht und stellte den Betrag in die Tasche, teils wurde das Geld ohne zu tippen in die Kasse gelegt und bei passender Gelegenheit wieder herausgenommen. Das Geld wurde bei entsprechender Damen-geellschaft verausgabt. Nachdem die Wiedererziehung durch den Vater gesichert war, hatte die Firma kein Interesse an der Strafanzeige, die nachträglich aus Verschenk doch erfolgte. Währung der Staatsanwalt mit Rücksicht auf die Gemeinfähigkeit der Ladendiebstähle eine energische Bestrafung von 10 Monaten Gefängnis forderte, ersuchte der Verteidiger, solche hohe Strafen nur bei Menschen anzuwenden, die zum Verbrechen neigen, nicht aber bei diesem jungen unbescholtene Mann, der aus Leichtfertigkeit gehandelt habe. Die Strafe müsse so bemessen werden, daß eine bedingte Begnadigung erfolgen könne. Dieser letzten Auffassung tritt das Gericht nicht bei, wohl aber streicht es 2 Monate vom beantragten Strafmaß. — Für Bauarbeiter möge die Strafe von 18 M. eine Lehre sein, die der Arbeiter B. zahlen muß, will er nicht 4 Tage absitzen. Er ließ trotz wiederholter Aufforderung des Schutzmannes seinen Handkarren in der Holstenstraße stehen. Dreimal stand dieser Wagen dem Schutzmann im Wege, B. brauchte ihn zum Auf- und Abladen, er konnte ihn nach Angabe nicht anders plazieren. Die Polizeistrafe in arithmetischer Steigerung: 3, 4, 5 M. für Übertretung der Straßenpolizeiordnung bleibt bestehen, dazu kommen noch 6 M. wegen Nichtfolgeleistens des Schutzmannes-aufforderung. Wagen dürfen nach der Verordnung nur zum Be- und Entladen stehen bleiben, dieses muß mit hinreichenden Kräften geschehen und darf nicht unterbrochen werden. Danach hat die Wegführung sofort zu geschehen. — Einen Uhrenauftaum nahm der „slavische“ Schlosser C. an einem Kameraden vor, der in einer künftigen Wirtschaft eingeklaufen war. Dessen gute Tafelgenauigkeit wehrte er gegen seine alte, untaugliche ein. Die angegebene Trunkenheit

findet bei der höflichen Tat keine Entschuldigung; C. wird zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Zur selben Zeit so gefürchteten Raße gehört der Arbeiter K., der mit einem in der Bedergende liegenden Fahrrad auf und davon ging. 6 Wochen wird ihm deutsche Gefängnisstrafe bewilligt. — Noch ein ungetreuer Stadtreisender Th. wegen Unterschlagung von 797,60 M. zu verantworten. Erst mit freier Station ange stellt, konnte er sich nachher, als Kost und Logis aufgehoben wurden, mit 120 und 150 M. Monatsgehalt nicht zurechtfinden. Zunächst wurden alte Veruntreuungen wieder zugedeckt, dann in der Angst vor Entdeckung verlegte sich der 26jährige Angeklagte auf „Sumpfen“. Mit den letzten 120 Mark reiste er nach Kopenhagen, und als in wenigen Tagen die Moneten ausgegangen waren, stellte er sich hier der Polizei. Ende vom Ried: 5 Monate und 2 Wochen Gefängnis.

Kontrollversammlungen im Postenhof. Donnerstag, den 17. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Erfahrefervisten der Jahrestassen 1900 und 1901. Donnerstag, den 17. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Erfahrefervisten der Jahrestassen 1902 und 1903.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im März 1913. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 28. Februar 1913 100.894 Einwohner. Im März kamen 61 durch Geburtenüberschuss hinzu, dagegen 706 durch Wanderung in Abgang, sodass unsere Einwohnerzahl sich um 615 vermehrte und am 31. März 1913 100.249 (99.402) betrug. Die natürliche Bevölkerungsänderung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1912); es betrug die Zahl der

Eheschließungen	Summe	auf 1000 Einwohner
67 (49)	7,81	(5,80)
Geburten	295 (177)	24,09 (20,97)
Sterbefälle	144 (127)	16,94 (15,05)

Die Eheschließungen nahmen also gegen das Vorjahr um 18, die Geburten um 28 und die Sterbefälle um 17 zu. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung belief sich danach auf 61 (50) Köpfe. Unter den Geborenen waren 39 oder 19,02 Prozent, das ist die höchste Hälfte, sowohl absolut als relativ, die jemals in Lübeck festgestellt wurde (21 oder 11,86 Prozent) unehelich und 7 oder 3,41 Prozent (1 oder 4,52 Prozent) tot. Das Alter der Geborenen belief sich in 21 (14) Fällen auf unter 1 Jahr und in 40 (33) Fällen auf über 10 Jahre. Dodesursachen waren in 24 Fällen Krankheiten des Kreislauftanzes, in 11 Lungentuberkulose, und in 10 Geburtschlag. Ansteckende Krankheiten rafften 9 Personen dahin, davon starben 5 an Malaria, 2 an Diphtherie und je 1 an Scharlach und Kleinkinder. Ansteckendes Krankheit wurden 147 gemeldet, 82 mal Malaria, je 26 mal Scharlach und Diphtherie, 2 mal Typhus und 1 mal Granulose. Gewaltsame Todesfälle starben 4 Personen und zwar alle durch Verunglüchung. Die Wandern gaben bezeugt endete mit dem Verlust von 705 Personen — im März wandern immer einige Hundert mehr als zu —; 1453 Zugländer standen 2159 Abzüge gegenüber.

Größere Schadensfeuer. Gestern abend gegen 10½ Uhr wurde die Feuerwehr nach der Großen Gröpelgrube gerufen, wo im Kesselhaus der Demuthschen Holzbarbeitungsfabrik ein recht erhebliches Feuer zum Ausbruch gekommen war, das in den Brettern, die in den Lagerräumen aufbewahrt wurden, reichliche Nahrung fand. Der Schaden dürfte erheblich sein. Kurz nach 12 Uhr konnte die Feuerwehr wieder abrücken, da jede Gefahr beseitigt war. Heute morgen kurz nach 8 Uhr entstand in der Alsheide 12/14 in der Dampfmühle von Carl Möll ein Feuer, dem der zweite und dritte Boden sowie der Dachstuhl zum Opfer fiel. Den Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, ein weiteres Umschreiten des Brandes zu verhindern.

Der gefährliche Schießunfall scheint in Lübeck immer mehr überhand zu nehmen. Waren vor einigen Tagen ein Knabe und ein junges Mädchen von schiessenden Küppeln verletzt worden, so drang gestern abend gegen 7 Uhr an der Untertanne, Ecke der Beckergrube, eine von unbekannter Hand abgefeuerte Kugel durch das Fenster in die Gasgrube der dort befindlichen Wirtschaft ein. Splitter der Fensterscheibe verlegten einen in der Wirtschaft sitzenden Träger leicht am Kopie. Es ist dringend notwendig, daß die Behörde den gemeinfählichen Schießereien mit aller Entschiedenheit einen Riegel vorschiebt.

Stapelauflauf. Auf der Schiffswerft von Henry Koch lief gestern nachmittag ein für die Reederei von A. Kirsten in Hamburg erbauter Dampfer vom Stapel. Das Schiff erhielt den Namen „Cressida“, seine Ausmessungen betragen 240 engl. Fuß Länge in der Wasserslinie, 36 Fuß Breite, Seiten-tiefe bis Hauptdeck 18 Fuß. Der Dampfer, der eine Maschine von 800 Pferdestärken erhält, die ihm eine Geschwindigkeit von 10 Knoten in der Stunde geben, hat eine Ladefähigkeit von 2200 Tons; er wird zwischen Hamburg und London verkehren.

Was das Meer im Monat März verschlang. Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind im März dieses Jahres 30 Dampfer mit 45.099 Brutto-Reg.-T. und 22 Segelschiffe mit 47.279 Brutto-Reg.-T. vollständig verlorengegangen, gegen 28 Dampfer mit 13.057 Brutto-Reg.-T. und 48 Segelschiffe mit 19.561 Netto-Reg.-T. im März 1912. Von den Dampfern sind 17 gestrandet, 2 sind durch Zusammenstoße verloren gegangen, 1 durch Feuer, 1 aus anderer Ursache, 7 sind verschollen, 1 ist gesunken und 1 ist verlassen; von den Seglern sind 18 gestrandet, 1 ist durch Kollision verloren gegangen, 2 sind verschollen, 2 sind gesunken, 4 sind verlassen und 1 kondemniert. Unter den verlorenen Dampfern befinden sich drei deutsche, und zwar: der Dampfer „Peruvia“, welcher auf der Reise von Narvik nach Rotterdam mit Erz an der Westküste von Norwegen gestrandet ist; Dampfer „Theresia Horn“, mit einer Ladung Baumwolle und Holz am 26. Dezember von Port Arthur, Tsch., nach Rotterdam abgegangen und seitdem verschollen; Fischdampfer „West“, von der Weser auf den Fischfang ausgegangen und auf der Fahrt verschollen. Unter den verlorenen Seglern befindet sich nur ein deutsches Schiff und zwar der Segelschiff „Unterweser 18“, welcher in der Elbmündung auf Großeroggenland gestrandet ist. — Außer diesen Totalverlusten hatten im März noch 545 Dampfer und 135 Segelschiffe havariert, gegen 481 Dampfer bzw. 106 Segelschiffe im März 1912.

Handelsregister. Am 15. April 1913 ist eingetragen: 1. die offene Handelsgesellschaft unter der Firma Lübecker Sanitäts-Milchfuranstalt, zum Schweizerhof Baumann u. Co. mit dem Sitz in Lübeck. Besonders haftende Gesellschafter sind der Hofbesitzer H. G. Baumann in Bohnaderhof bei Stockelsdorf und der Kaufmann W. Giby in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 11. April 1913 begonnen; 2. bei der Firma Schmidt u. Martens in Lübeck: Die Prokura des A. H. W. Dimpler in Lübeck ist erloschen.

Die Riesenrutschebahnhof der Firma Hugo Gaafe A. G. Hannover ist vor Exzugszug mit 42 Axen hier eingetroffen und wird auf dem Burgfelde aufgebaut und am kommenden Sonntag eröffnet.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: „Grüße von Evers und

Otto Metterhausen wird nach seiner erfolgreichen Aufführung an unserer Bühne am Freitag zum erstenmal wieder auf. Aufmerksames Interesse verdient weiter die morgennachfindende Erstaufführung von Sudermanns Tragödie „Der Bettler von Syrakus“, die in ihren großen Verdiensten den ganzen Apparat unseres Schauspiels und besonders die ersten Kräfte sehr für sich in Anspruch nimmt. Am Sonnabend geht Wolf-Ferraris „Der Schmuck der Madonna“ noch einmal in Szene. Für Sonntag wird auf die Aufführung der großen Gesangspose „Große Rosinen“ verwiesen.

E. Gutin. Eine Gemeinderatsitzung fand hier am Montag, dem 11. April statt. Zunächst handelte es sich um den Bau einer Badeanstalt am großen Gutin See bei Bebenburg. Ein Projekt zu diesem Bau lag den Städtern vor. Der Kostenanschlag würde sich auf 38.000 Mark belaufen; von dieser Summe wären allerdings 6000 Mark zu streichen, welche der Verein zur Förderung des Gemeinwohls der Stadt zur Verfügung stellt. Trotzdem hielt man die Summe für zu hoch, und zwar aus Steuerrücksicht. Es wurden dann auch Abzüge von 5000 Mark vorgenommen, welche dadurch möglich waren, daß man einige Bauveränderungen vorsah, ferner indem vom Gehalt der beiden Badewärter, das auf 1200 Mark vorgegeben war, 400 Mark gestrichen wurden. Man glaubte wahrscheinlich, die Wärter könnten sich sonst Reichstaler erwerben! Bewilligt wurden von Seiten der Stadt 27.000 Mark; hinzu kommen noch die ohnerwünschten 6000 Mark. Eine Fähre, welche die Badeanstalt mit Gutin verbindet, wurde, da beides als Ganzes betrachtet werden soll, einer ständigen Kommission von vier Mann überwiesen. Die Damen-Badeanstalt am kleinen Gutin See, welche die Stadt übernimmt, wird nunmehr freibadeanstalt. Es muss bemerkt werden, daß die jetzigen Badeanstalten hier sehr im argen liegen. Zu begrüßen ist es deshalb, daß die Stadt zum Bau einer Badeanstalt geschritten ist. Wsdann beschäftigte man sich mit der Einführung von Gasautomaten. Dieselben können unentbehrlich eingeführt werden, sofern der Mietpreis einer Wohnung 250 Mark nicht übersteigt; bezahlt kommt mehr als die erwähnte Summe, so hat er die Anstellungskosten zu tragen. Zur Anschaffung solcher Gasautomaten wurden 2000 Mark bewilligt. Der Verkauf einer kleinen Fläche Land für 75 Mark an Herrn Keller wurde genehmigt. Eine Vorlage zur Festsetzung eines Tarifs für Hilfe und Nachwache, die von den städtischen Gemeindejedswern geleistet wird, wurde angenommen. Der Ingenieur Uhlig hat der Stadt durch Testament ein Geschenk von 1500 Mark vermacht und zwar mit der Bedingung, daß hierfür besondere elektrische Anlagen im Julianenhospital vorzunehmen werden sollen. Die Stadtväter nahmen das Geschenk an. Es folgte nun eine geheime Sitzung.

Flensburg. Eine gebrochene Ordnungssäule. Der Gemeindenvorsteher Johannes Voigt aus Ellingstedt bei Schleswig, der während seiner Amtszeit in mehreren Fällen Gelder unterschlug, die er von der Regierung für Schulbauten oder auch an Versicherungsgeldern erhielt, wurde Dienstag von der Flensburger Strafammer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und wegen der Höhe der Strafe sofort in Haft genommen.

Lüneburg. Die Sittlichkeit auf dem Lande wird treffend durch eine Verhandlung beleuchtet, die sich vor der Strafammer in Lüneburg unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielte. In der Familie des 54jährigen Hofbesitzers Heinrich Bürmester in Rasten bei Velzen war ein elfjähriges Soulädchen zur Pflege und „Erziehung“ untergebracht. Die Bürge rührte sich in der Heranziehung zu landwirtschaftlichen und häuslichen Arbeiten, die Erziehungs-methode aber bildete den Gegenstand der Strafammerhandlung gegen den Hofbesitzer. Dieser schien das Mädchen ganz als sein Eigentum zu betrachten, mit dem er, da es ja ein armes Pflegkind war, treiben konnte, was ihm beliebte. Durch die Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß der alte Lüftling seinen Einfluss als Pflegevater in ganz schändlicher Weise missbraucht und das Kind veranlaßte, sich nackt auszuziehen und so in den verschiedensten Stellungen vor der ganzen Familie und in Anwesenheit fremder Kinder zu tanzen. Durch Geldbelohnungen versuchte er dann das Kind zu den schändlichsten Handlungen zu verleiten. Der Angeklagte betrifft jede Schuld und will die Vorgänge spätestens aufgezeigt haben. Das Gericht aber konnte in der Handlungsweise des Angeklagten irgendwie Späthafte nicht entdecken und verurteilte den alten Lüftling zu sechs Monaten Gefängnis.

Theater und Musik.

Literarische Abende finden im allgemeinen in Lübeck nur ein wenig zahlreiches Publikum; ein Schicksal, das mit ihnen noch andere wertvolle künstlerische Veranstaltungen teilen müssen. Herr Elfeld und Frau Dueberg wagten dennoch gestern den Versuch, im städtischen Saalbau den Lübecker literarisch zu kommen. Die erschienenen kamen dabei auf ihre Rechnung; das ausführende Künstlerpaar verzweigten sich am Anfang 1813 von Lissauer, neu und von fesselnder Eigenart waren. Besondere Anerkennung fanden die heiteren Sachen von Presber, Tellemann, Holst, Rosegger und de Orient, während das mehr für die Bühne berechnete Broischenpiel aus „Zill Gulenpilgel“ von Lienhard, das wir bereits vor Jahren im Stadttheater sahen, nicht recht zur Geltung kam. Durch Herrn Elfeld und Frau Dueberg erfuhrten die Dichtungen einen entsprechenden lebendigen Wiederaufzug.

P. L.

Handels- und Markt Nachrichten.

Hamburger Sternschanz-Biehmarkt vom 15. April.

Auftrieb 6450 Schweine. Markt mittelmäßig.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., 67.— bis 78.— (55,50 bis 54,50), mittelmäßige Ware, von 240–260 Pf., Tara 20 Proz., 66.— bis 67,00 (53,50 bis 52,50), Mittelware, von 200–240 Pf., Tara 22 Proz., 67.— bis 68,00 (52,50 bis 53,50), gute leichte Ware unter 200 Pf., Tara 22 Proz., 67.— bis 67,50 (52,00 bis 52,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 62,00 bis 66,00 (47,50 bis 50,—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 63.— bis 64,00 (50,50 bis 51,—), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Proz., 60,00 bis 62,00 (47,00 bis 48,50).

Berantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarzkopf. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Druckerei des „Lübecker Volksblattes“

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 88.

Mittwoch, den 16. April 1913.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des "Lübecker Volksboten".

Berlin, 15. April.

140. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.
Am Bundesratstische: v. Jagow, Delbrück.

Stat des Auswärtigen Amtes.

Zweiter Tag.

Die Budgetkommission fordert in drei Resolutionen:

1. Zugang zum diplomatischen Dienst für den Befähigten ohne Rücksicht auf sein Vermögen;
2. Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule;
3. Eine Deukchrift über die deutschen Schulen im Auslande.

Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow: Sollten sich die Nachrichten über den Zwischenfall in Nancy im vollen Umfang bestätigen, so müßte ich ihn als höchst bedauerlich bezeichnen. (Lebh. Zust.) Zugleich wäre es ein trauriger Beweis für das Treiben der Chauvinisten. (Sehr richtig!) Unser Botschafter in Paris ist angewiesen, um Aufklärung zu er suchen, und gegebenenfalls Vorstellungen wegen des mangelhaften Schutzes der Deutschen in Frankreich zu erheben. (Lebh. Zust.) — Der Gedanke der ersten Resolution ist mir sympathisch. (Bravo!) Aber ganz werden auch in Zukunft unsere Diplomaten ohne eigene Mittel nicht auskommen können, es müßte denn sein, daß sie so hohe Gehälter bekommen, daß diese im kraschen Widerspruch zu den Gehältern der anderen Beamten und denen der Diplomaten anderer Länder stehen. (Sehr richtig! rechts.) Dass für den Zugang zum diplomatischen Dienst Protektion unerschöpflich ist, bestreite ich entschieden. (Vorher links.) Allerdings mache ich einen Unterschied zwischen Protektion und Empfehlung. (Sehr richtig! rechts. Lachen b. d. Soz.) Das ungünstige Urteil, das man hier vielfach über unsere Diplomaten hört, wird im Ausland nicht geteilt. (Zust. rechts.) Mängel werde ich gern abstellen, aber eine bloße Aenderung ist nicht immer eine Verbesserung. (Zustimmung rechts.)

Dr. Oertel (R.): Wir hoffen, daß der Staatssekretär in den Bahnen seines Vorgängers wandeln wird, auch wir wünschen nicht, daß der diplomatische Dienst sich zu einer Domäne der Plutokratie entwickelt und stimmen der Resolution zu. Wie unsere Diplomaten durch den Ausbruch des Balkankrieges überrascht werden könnten, verstehe ich nicht. Aber auch die hellhörige Börse und Presse sind überrascht worden. Dass der Friede sobald kommt, glaube ich nicht. Über die Widersprüchlichkeit des Königs von Montenegro will ich mich nicht äußern, um nicht die Glorie des Präsidenten zu bemühen, dem der "Vorwärts" heute früh nachfragt, er habe für seinen letzten Ordnungsruf einen hohen montenegrinischen Orden erhalten. (Gr. Hft.) Wir haben keinen Anlaß, uns in die inneren rumänischen Verhältnisse einzumischen, wie Herr Bernstein verlangt. Man kann es ja bedauern, wenn die rumänische Regierung vor den Vorzügen des jüdischen Volksteils nicht genügend durchdrungen zu sein scheint. (Hft. b. d. Ant.) Zum Eingreifen würde aber für uns nur dann ein Grund vorliegen, wenn der Berliner Vertrag wirklich verletzt wäre. — In Kleinasien wollen wir uns die Zukunft nicht verbauen lassen. In Ostasien kann es zu Konflikten mit Russland kommen. Wir dürfen uns jedoch in den Grenzstreitigkeiten nicht zurückdrängen lassen, ohne doch unsere guten Beziehungen zu Russland zu trüben. Der chinesischen Republik wünschen wir — so vorurteilslos sind wir — (Hft.) alles Gute. Zu gegebener Zeit wird die Republik auch anerkannt werden, aber jetzt Amerika nachzulaufen, wäre nicht klug. — Frankreich steht heute im Bodengrund des Interesses. Kein Mensch in Deutschland hegt einen Haß gegen das französische Volk oder seine Regierung, im Gegenteil, wir haben manche Sympathien für das Volk. Unbedingt ausbitten müssen wir uns aber, daß man sich mit den Verhältnissen, wie sie sich 1870/71 gestaltet haben, für alle Zeiten absindet. (Sehr rich-

tig!) Bei der Landung des Zeppelins in Lunéville hat sich die französische Regierung loyal und korrekt verhalten. Ueber die Einzelheiten erwarten wir eine baldige amtliche Aufklärung. Zu dem Vorfall in Nancy möchte ich nur fragen: Haben Sie in den letzten Jahrzehnten gehört, daß französische Staatsangehörige in Deutschland so oder ähnlich behandelt worden wären. Wenn die Prezimittellungen sich als richtig erweisen, erwarten wir von der Regierung, daß sie mit aller Entschiedenheit auf angemessene Sühne dringt. (Bravo! rechts.) Herr Sachse ruft dazwischen, in Magdeburg und Braunschweig sei es einem Franzosen noch schlimmer ergangen. Wir halten dies Vorwissen der Polizei für ganz selbstverständlich. (Lachen bei d. Soz.) Gewiß, die französische Regierung hat anders gehandelt; die Herren Scheidemann und Liebknecht haben in Paris gesprochen, aber die französische Regierung wird wohl nicht ahnen, wie die Herren würden, ie französischen Interessen darüber nicht gefährden. (Sehr gut! rechts. Lachen b. d. Soz.) Dem Willen der Freiheit wir noch gewaltig weit entfernt, um bis dahin den Frieden zu sichern, brauchen wir ein starkes, aber auch nüchternes Heer, und vor allem ein schlagfertiges und siegesreiches Heer. (Lebh. Beifall rechts.)

Lebedour (SD): Angenommen, der Fall in Nancy habe sich so zugetragen, wie er in den Zeitungen geschildert ist, so gebe ich dem Staatssekretär insofern recht, als er die der deutschen Regierung zur Verfügung stehenden Mittel aufzuzeigen muß, um festzustellen, was wirklich vorgefallen ist, und falls tatsächlich Angriffe auf deutsche Staatsangehörige erfolgt sind, für Sühne zu sorgen. Dass er an die Ankündigung dieser selbstverständlichen Pflicht aber die Bemerkung anknüpfe, man sehe hier, wie gewaltig die chauvinistische Flut in Frankreich gestiegen sei, ist außerordentlich ungünstig. Ich hatte den Eindruck, daß er damit den Chauvinismus bei uns ausspielen wollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Er hätte doch seine historischen Untersuchungen über das Aufschwelen des französischen Chauvinismus fortsetzen sollen, und sagen müssen, da Sie, wie recht die Sozialdemokraten gehabt haben, mit der Behauptung, die Ankündigung unserer enormen Heeresverstärkung werde den Chauvinismus in Frankreich stärken. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das kann nicht bloß ein Blinder mit dem Stoc fühlen, sondern ein deutscher Diplomat. (Präsident Kämpf hält, solche Verschrekungen der sachlichen Kritik zu vermeiden.) Mit diesen Ausführungen kann ich doch unter keinen Umständen irgend ein Mitglied des Hauses oder der Regierung herabsehen. Ich habe sogar ein Lob für die Blinden ausgesprochen. (Hft. b. d. Soz. Präsident Kämpf hält seine Rüge aufrecht.) Die deutsche Heeresvorlage mußte den Chauvinismus verstärken, und die Bemerkung des Staatssekretärs kann nicht dazu beitragen, den durch deutsche Schulden aufgeschwelen Chauvinismus in Frankreich einzuschränken. (Widerspruch rechts.) Jawohl, durch deutsche Schulden, die darin liegt, daß wir ohne Grund eine Heeresverstärkung von 140 000 Mann gefordert haben, die in Frankreich sofort mit der Festhaltung der Leute bei der Fahne während eines dritten Jahres beantwortet wird. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In Frankreich hat also, wenn die Zeitungsnachrichten wahr sind, eine ausgeregte Menge in einem Grenzort, wo die Aufregung durch das unglückliche Vorkommen der Landung eines Zeppelinluftschiffes zweifellos noch verstärkt war, eine chauvinistische Ausschreitung begangen. Viel schlimmer aber ist es, wenn eine Regierung den Chauvinismus ansagt. Ein solcher Vorwurf ist der französischen Regierung nicht zu machen, wohl aber der deutschen, die hier einen Franzosen, der zu gunsten des Friedens, zu zugunsten der Verständigung beider Völker sprechen wollte, aus Magdeburg und Braunschweig ausweisen läßt, und zwar in der unsoßen Weise. Ich will nicht untersuchen, wer die Haupschuld hat. (Zuruf: Dallwitz.) Ob Dallwitz der endgültig Schuldige ist, wissen Sie auch nicht, es können noch ganz andere, langbeinigere Hintermänner dahinter stehen. Es kommt auch garnicht darauf an, Urheber ist die ganze Gesellschaft, und die deutsche Regierung trägt die Mithaft, wenn sie das duldet. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dies Vor gehen der deutschen Regierung ist viel schlimmer, als das Ver-

halten der aufgeregten Menge in Nancy. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Dieser unverantwortliche Alt der deutschen Regierung muß den Chauvinismus in Frankreich noch weiter ausschärfen. Für den gesunden Menschenverstand ist es unbegreiflich, daß man einen Fremden, der für die Verständigung der Nationen, für den Frieden eintreten will, ausweist. Das kann nur die Staatsweisheit borussischer Staatsmänner fertig bringen. Herr Oertel meinte, unsere Redner in Frankreich werden nicht beschwert, weil sie französische Interessen wahrnehmen. (Sehr richtig! rechts.) Solche Verdächtigungen sind wir gewohnt. (Zuruf rechts: Verdächtigungen?)

Präsident Kämpf: Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Verdächtigung vorwerfen.

Lebedour (fortfahren): Dann überlasse ich es dem Hause, wie es diesen Hinweis des Abg. Oertel bewerten will. Wir sind gewohnt, als Agenten des Auslandes verschrien zu werden, wie es auch unseren französischen Genossen von den bürgerlichen Parteien in Frankreich geschieht, denn die bürgerlichen Parteien können nicht begreifen, daß die internationale Gerechtigkeit, die wir fordern, gegen die Interessen des eigenen Volkes nicht verstößt. Immerhin ist die französische Regierung weitwirker als die deutsche, sie sagt sich, wenn wir deutsche Sozialisten verhindern würden, im Interesse des Friedens zu reden, so würden wir uns in den Augen der ganzen Welt als Aengsterlinge blamieren. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Die deutsche Regierung sagt sich aber wahrscheinlich, wenn in diesem Augenblick so gerichtige Stimmen für den Frieden und die Freundschaft der Völker in im Ausdruck kommen, so schädigt das unsere Militärpolitik, und da diese sowieso auf sehr wadeligen Beinen steht (Widerspruch rechts) — in der Begründung meine ich; wenn Sie dahinter stehen, so ist das eine vorlebige kräftige Unterstützung (Grebe Heiterkeit links), aber die Begründung wird dadurch nicht verstärkt. — Da ist es also begreiflich, daß die deutsche Regierung sagt: Heraus mit den Kerlen, die zwar keine Friedensstörer, wohl aber Rüstungsförder sind. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Der Staatssekretär hat sich auch über die Gestaltung des auswärtigen Dienstes verbreitet. Wir sind mit den anderen Parteien darin einig, daß es sehr mangelhaft ist und verbessert werden könnte, und wir haben auch dem wenig befagenden Antrag des Zentrums zugestimmt. Diese Verbesserungsanträge haften nur an Neuerlichkeiten, und Herr v. Jagow hat seine Zustimmung an viele wenn und aber gefügt und dann noch gesagt, von Protektion kann keine Rede sein, aber Empfehlung ist nicht zu vermeiden. Die Art, wie bei uns zu hohen Reichsämtern und zum auswärtigen Dienst empfohlen wird, trägt eben den Charakter der Protektion. (Sehr wahr! links.) Natürlich kann man sie auch mit dem deutschen Wort "Empfehlung" bezeichnen. Die Entscheidung wird bei uns an einer Stelle getroffen, die nicht im Leben steht, sondern ihre Informationen immer nur indirekt durch höfliche Mittelsmänner bekommt, und was dabei herauskommt, habe wir ja im Falle Sohst erlebt. Liegt die Entscheidung in den Händen eines Mannes, der wie der Fall Sohst und der Zebuchoff und des ulanenlanzenüblichen Petrus Roggens bewiesen hat (Heiterkeit bei den Soz.), gegen partikuläre Einflüsterungen von allerlei Elementen seiner Umgebung nicht geschützt ist, so ist es höchste Zeit, daß mit dem System aufgeräumt wird, damit eine solche protektionistische Vergabe von Posten nicht mehr vorkommen kann.

Präsident Kämpf: Eine Kritik des Verhaltens des Kaisers ist unzulässig. Ihre Neuerbung hätte sogar einen Ordnungsruf verdient, doch sehe ich in diesem Augenblick davon ab.

Lebedour (fortfahren): Nach unserer Ansicht könnte der auswärtige Dienst nur dadurch eine andere Gestaltung bekommen, daß die Funktionen, die jetzt von Diplomaten wahrgenommen werden, zum größten Teil auf den Konsulardienst übergehen. Je mehr die Völker durch Handels- und Industrie verbündungen zusammenwachsen, umso mehr wird der Konsulat-

Anna.

Roman von Th. Müggel.

(14. Fortsetzung.)

Der Widerspruch und das Lachen, welche diesen Sarcasmen folgten, ließen Wilberg Zeit, Gewissheit darüber zu erhalten, daß der Kapitän ihn nicht kennen wollte. Die unbeschogene Ruhe, mit welcher Rintel ihn behandelte, einige allgemeine Fragen an ihn richtete und dann es dem Direktor überließ, ihm mitzuteilen, daß Kapitän Rintel ein alter Bekannter des Majors sei, dem man das Vergnügen verdaue, ihn und seine Tochter hier zu sehen, machte auf ihn einen beeindruckenden Eindruck. — Er war nicht mehr allein mit der Schulden, die er empfand; er konnte einen Teil davon auf die mächtigen Schultern seines Mitschuldigen werfen, und dieser mit seiner stolzen Sicherheit floß ihm großes Vertrauen ein.

Sie müssen wissen, sagte der Kapitän, daß ich seit einer Reihe von Jahren nicht in der Hauptstadt gewesen bin. Ich lebe auf dem Lande in einem Winkel verborgen mit dem Volk und bei dem Volk. — Ein Mann aus der kleinen Gesellschaft hätte es vielleicht nicht gerechtfertigt erachtet, bei dem ersten Besuch auch sogleich als Gast zu bleiben, einem Landmann und einem Landmädchen verzeiht man dagegen die Einschätzung der Sitten. Wir machen unsere Bekanntschaften zuweisen auf der Landstraße, werden die besten Freunde in der ersten halben Stunde und vergessen es so leicht nicht, mit wem wir unser Brot gebrochen haben.

Soldatenart! rief der Major dazwischen. Hosse nun auch, daß wir uns öfter zusammenfinden.

Das wäre möglich, erwiderte Rintel. Ich würde mein Grundstück zu verkaufen und einen anderen Aufenthalt zu suchen.

Lebt sich gut hier! sagte der Major.

Nicht für mich, fiel Rintel ein. Die Steinhausen machen mir Brüder merzen, ich muß Luft, grüne Bäume und Arbeit haben, umherlaufen und in Wald und Feld vergessen können, daß es Menschen, Sorgen und Gesetze gibt.

Haben Sie große Abneigung gegen die Gesetze? fragte der Direktor.

Die gründlichste, die man haben kann, erwiderte der Kapitän, denn je mehr ich sie betrachte, je mehr widerstehen sie mir. Die Gesetze eben sind es, die mit den Menschen selbst in meinem Rückzugswinkel verleiden. Sie quälen den Menschen von der Wiege bis zum Grabe, schreiben ihm vor, wie er gehen und sitzen soll, binden ihn, nicht mit siebensachen Stricken, sondern hären ihn ganz und gar ein und machen

Automaten aus uns. Wo aber irgend einer nicht will, wie die zahllosen Gebote es ihm befahlen, wird er verfolgt, gehegt, getreten, gestrafft, gesangen und gehangen, wenn es irgend sein kann.

Sie scheinen üble Erfahrungen gemacht zu haben, sagte der Direktor lächelnd.

Hab's gemacht, erwiderte der Kapitän, und kenne die Sache aus dem Grunde. Bin mit darum hierher gekommen, um einem Freunde beizustehen, der von einem schlimmen Handel bedroht wird.

Wilberg hörte nichts weiter, denn er wurde von Stephanien abgerufen, aber die letzten Worte des Kapitäns waren ihm bedeutungsvoll, froh und schwer zugleich. Er konnte nicht zweifeln, daß sie ihn selbst betrafen.

Ich muß Dich dem Fräulein dort vorstellen, sagte Stephanie, indem sie auf Anna deutete. Sie glaubt in Deinem Gesicht eine große Nehnlichkeit mit einem Herrn, den sie gekannt, wiederzufinden.

Die Tochter des Kapitäns stand lächelnd auf und verzog sich eben so schelmisch und tief, wie damals, als er zuerst zu ihr ins Zimmer trat. — Sollten wir uns wirklich noch niemals geschen haben? fragte sie, ihn prüfend anblickend.

In der Tat, erwiderte Wilberg, mühsam seine Fassung erzwingend, ich erinnere mich nicht — aber es ist dennoch möglich.

Nein, wenn Sie zweifeln, so ist es nicht möglich, fiel sie lächelnd ein.

Ich weiß nicht, wo ich die Ehre gehabt haben könnte, sagte er mit wachsender Verlegenheit.

Darin eben liegt die Täuschung, fuhr sie fort, und sonderbarweise geht es mir ganz eben so. Vielleicht haben wir uns auf einer Reise getroffen, oder in meinen Träumen sind Sie mir erschienen. Es gelingt zuweilen, daß man lebhaft von Dingen und Menschen träumt, die man nie sah; erblüht man sie dann wirklich, so sucht man vergebens danach, wo und wie man früher schon einmal mit ihnen zusammengerauscht.

Sie glauben also an Ahnungen?

Gewiß glaube ich daran, erwiderte Anna lebhaft, und daß ich ein Sonntagkind bin, sehe ich sogar zuweilen Geister. — Sie lachte mutwillig, und ihre Lust zum Scherz teilte sich dem ganzen Kreise mit, der mit sichtlichem Wohlgefallen das schöne Mädchen betrachtete, die ein ungewöhnliches Leben in die gewöhnlichen Gesellschaftsformen brachte.

Die Geistererschrecken, sagte Stephanie, streitet nicht gegen die Auflösung, sie ist sogar die neueste Mode.

Wir haben Teufelsbanner im Staatsrat und Geisterbeschwörer am Minnertische, rief einer der Herren.

Das heißt, sie beschwören den Geist, daß er auf immer von uns weiche, schlakte ein anderer ein.

Wie die gelehrten Herren doch alles drehen und deuten, versetzte Anna. Ich habe nichts damit zu schaffen, ich spreche von wirklichen Geisten, von Kobolden, die nächtlich vor den Betten sitzen, den Schlafenden mit glühenden Augen anstarren, ihn auf wilden Rossen durch Nacht und Nebel fagen über öde Heiden, wo er abenteuernde Prinzessinnen verfolgt, mit Räubern und Karren kämpft und endlich entsetzt erwacht, den Spuk noch lange für Wahnsinn hält. Solche Geisterer mögen hier selten sein, aber ich sage, wie Hamlet, es gibt vieles zwischen Himmel und Erde, wovon unsere jungen Herren, die jetzt sämtlich Philosophen sind, sich nichts träumen lassen.

Das macht, erwiderte Wilberg, weil uns die Lebendigen genug zu denken geben.

Ach denn ein Bräutigam auch denken? fragte Anna. Mir scheint, er dürfe nur empfinden, seine Gedanken müssen Gefühle werden, seine Sorgen rosenrote Kleider tragen, und wenn Geisterster ihn beschleichen, muß er sie zu beschwören verstehen.

Lebhafte Besoff und Gesichter begleiteten ihre Worte, unwillkürlich aber folgte Gustav der Richtung ihrer Bluse, und plötzlich erblickte er dicht in seiner Nähe den Assessor, der in seinem schwarzen Kleide und beweglichen Ernst wirklich wie ein Geist aussah. Er sprach mit dem Major und der Tante und schien von dem geselligen Kreise an der andern Seite keine Notiz zu nehmen. In diesem Augenblick erfolgte der Ruf zur Tafel, und plötzlich, ohne nach Stephanien umzublicken, bot Wilberg Anna den Arm, obwohl von vielen Seiten derselbe Versuch gemacht wurde, und der Assessor ebenfalls nähertrat.

Ich werde die Ehre annehmen, sagte Anna, sich gegen Stephanie wendend, weil es ein altes Gesetz in unserer Heimat ist, daß ein Bräutpaar nicht beisammen sitzen darf, aber unter der einen Bedingung, daß ich meinem Freunde, dem Herrn Assessor von Baken, Erbsa für seine getäuschten Hoffnungen verabschiede.

Stephanie willigte lächelnd ein, und als man die Pläne meisteerte, trennte man sich und fand an den entgegenseitigen Seiten ein Unterkommen. — Es war eine zahlreiche Gesellschaft, bald wurden die Gespräche vereinzelt und in kleinen Kreisen geführt. Anna sprach lebhaft mit ihrem Nachbar zur andern Seite, einem alten Herrn, der entzückt von ihrer Naivität war, und Wilberg wartete lange und mit steigender Ungeduld auf den Augenblick, wo er Gelegenheit haben würde, ihr geheime Erinnerungen zu machen. Aber dieser Augenblick wollte nicht kommen. Mit absichtlicher Federel wußte das mutwillige Mädchen ihn immer von neuem in die

Dienst den diplomatischen allmählich von unten her abbauen. Ein Symptom dafür ist ja, daß Herr von Jagow die konservative Ausbildung für die Diplomaten als unerlässlich erachtet. Von oben her kann der diplomatische Dienst abgebaut werden, indem die auswärtigen Kenter der verschiedenen Staaten direkt und ohne die Vermittelung von Botschaften miteinander verkehren, bei der sehr leicht Missverständnisse vorkommen können und vorkommen sind. Doch das sind nur äußerliche Formalien, der schwere Mangel unserer Diplomatie ist das veraltete falsche System unserer auswärtigen Politik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich will nur aus einem Fall hinweisen. Alle Parteien und die Regierung sind einig, die asiatische Türkei müsse lebensfähig erhalten werden. Als nun Bernstein mit Recht darauf hinwies, es sei eine wesentliche Aufgabe der neu zu gestaltenden Türkei, die armenische Frage zu regeln, und darauf müsse Deutschland hinarbeiten, wurde dies als unberechtigte Einmischung in die inneren Beziehungen der Türkei zurückgewiesen. Herr v. Richthofen meinte, das läge im Interesse Russlands, das als Erbe schon vor der Tür stande. Aber gerade das Umgekehrte ist der Fall. Man würde es Russland erleichtern, das armenische Erbe anzutreten, wenn man nicht dafür sorgte, daß diese schwärende Wunde am türkischen Staatskörper heilt. (Sehr richtig! bei den Soz.) und die deutsche Regierung hätte die Aufgabe, auf die notwendigen Reformen in Armenien zu dringen. Herr v. Jagow stimmte stillschweigend Herrn v. Richthofen zu. Darin tritt wieder das ganz falsche System der deutschen Orientpolitik auf, die auch jetzt wieder davon Abstand nimmt, auf Reformen in Armenien zu dringen, wie zu den Zeiten Abdul Hamids man auf Reformen auf dem Balkan hätten dringen sollen. Wäre das geschehen, so wäre jetzt nicht der Zusammenbruch der Türkei erfolgt, den der Reichsanzler als ein Ereignis bezeichnet, das uns zu einer beträchtlichen Heeresverstärkung nötigt. Kann die Türkei ihren asiatischen Besitzstand nicht wahren, so müssen wir nach Herrn Dertel dafür sorgen, daß uns keine Zukunftsmöglichkeiten verboten werden. Das heißt doch nichts anderes, als daß wir, wenn es zur Auflösung der Türkei kommt, auch einen Happen haben wollen. Herr Dertel meldet sich als Erbe neben dem russischen Zaren an. Dagegen müssen wir Verteilung einlegen. Wir wollen nicht, daß unter irgend einem faulen Vorwand Deutschland eine Annexion- und Eroberungspolitik betreibt, und je klarer es der Türkei gemacht wird, daß sie unter keinen Umständen zu befürchten habe, daß auch Deutschland sich an einer Auflösung beteiligen würde, umso klarer wird der Einfluß Deutschlands sein, und umso eher wird es Reformen durchsetzen können. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Eine andere Frage ist die rumänische. Wie die Grenzen auf dem Balkan gezogen werden, kann uns gleich sein, nur werden wir wohl alle wünschen, daß die Völker dort in ihren nationalen Grenzen ein möglichst hohes Maß von Selbständigkeit erlangen. Sie können aber nicht vollständig nach nationalen Gebieten abgegrenzt werden, und deshalb muß man darauf hinwirken, daß alle diese Staaten, die fremdsprachliche Sektionen haben werden, die Verpflichtung der nationalen Toleranz auf sich nehmen. Wird also Silistra mit seiner bulgarischen Bevölkerung aus militärischen Gründen an Rumänien abgetreten, und zwar durch die Vermittlung Europas, so hat Europa doppelten Nachteil, darum hinzuwirken, daß Rumänien die Verpflichtung erfüllt, die es im Berliner Vertrag übernommen hat, daß alle Konfessionen gleichberechtigt sind. Die Pietekmission Juden, die unter den 9 Millionen Rumänen leben, werden in höchst illegaler Weise von Rumänien für Fremde erklärt, denen die Staatsangehörigkeit nicht gegeben werden kann. Diese Methode muss aus schärfster Verurteilung werden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Und Deutschland sollte nicht darauf warten, daß andere Länder vorangehen, sondern wir wünschen, daß Deutschland bei der Erfüllung einer solchen internationale Verpflichtung endlich einmal an der Spitze mitspielt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Die Herren, die das Vorgehen des montenegrinischen Fürsten kritisieren, haben ganz übersehen, daß der russische Minister Sasanow in seinem letzten Erlass an Montenegro darauf hinweist, daß die Balkanstaaten eigentlich zur Neutralität gegenüber Russland verpflichtet seien. Darin liegt ein Programm der russischen Auslandspolitik, das in seiner Durchführung zu den

allergefährlichsten Konsequenzen führen kann. Es handelt sich hier um eine zwar nicht panislavistische, aber panaristische Weltoberhauptspolitik. Der Panarismus ist nur die durchsichtige Maske, die ein Blinder mit dem Stocke führt — hier kann ich diese Redewendung jawohl gebrauchen. (Heiterkeit.) Trotzdem ist es dem Zaren und seinen Helfershelfern gelungen, damit zum Teil die slawischen Völker, zum Teil auch andere Leute, wie Herrn v. Bethmann-Hollweg, einzuseifen. Die deutsche Regierung hätte diesen ungeheuerlichen Schwund erkennen müssen. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß der russische Zar die Polen in der brutalsten Weise unterdrückt und selbst gegenüber dem bulgarischen Staat, als dieser es verucht, sich selbstständig zu machen, die unheilvollsten Staatsverbrechen angezeigt hat. (Glocke des Präsidenten.) Das ist eine historische Tatsache. (Präsident K e e m p f : Ich rufe Sie wegen dieser Bemerkung gegenüber dem russischen Zaren zur Ordnung! Abg. Berlinschein: Es ist aber geschichtliche Wahrheit!) Was der russische Zar doch für Freunde hat. Ich führe lediglich geschichtliche Tatsachen an, die hier im Hause jedem bekannt sein dürften, um zu beweisen, daß die Behauptung, die Balkanvölker müssten russische Politik treiben, Unsinn ist. Russland hat in keiner Weise das Recht, sich als Freund und Schutzherr der Balkanstaaten auszuspielen. Wenn Sasanow es noch wagen kann, mit diesem panislavistischen Schwund zu operieren, so liegt das nur an der deutschen und österreichischen Politik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die deutsche Politik gibt diesen Weltoberungsplänen des Zaren Nahrung, indem sie in ihrem eigenen Lande die Polen und Dänen unterdrückt, und die österreichische Regierung, indem sie die unnatürliche Verteilung der serbischen Völker in drei staatsrechtlich geforderte Gebilde, Kroaten, Slawonen, Dalmatien und Bosnien und Herzegowina aufrecht erhält. Die Bevölkerung all dieser Länder ist serbisch mit einem stets stärker werdenden serbischen Nationalgefühl. Darin liegt die Gefahr, daß diese Gebilde eine Wunde am Körper Österreich-Ungarns werden. Deutschland als Österreichs Verbündete hat alles Interesse daran, Österreich von dieser verfehlten Politik abzuhalten. Sie wird von Österreich nur getrieben im Interesse der magyarischen Jäger, um ihre Kornzölpolitik gegenüber Serbien weitertreiben zu können. Nur unter diesen großen Gesichtspunkten können die panislavistischen Erüberungspläne überhaupt bekämpft werden. Unsere österreichischen Parteigenossen, vor allem Dr. Renner, haben mit durchschlagenden Gründen auf diese Zusammenhänge hingewiesen. Die Entzäzung des polnischen Nationalhauses gegen Deutschland muß notwendig, wenn es einmal zum Kampf zwischen Deutschland und Russland kommen sollte, die bedenklichsten Konsequenzen für uns haben. Die deutsche Regierung sollte sich umgedreht zum Vorkämpfer der Nationalitäten-toleranz im internationalen Kongress machen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dann würden die 18 Millionen Polen auf Deutschland als ihre Freunde blicken, und wenn man diese Toleranz auf alle übrigen Völker ausdehnt, so hätte Russland im Falle eines Eroberungskrieges gegen Westeuropa mit der Gefahr eines Aufstandes seiner sämtlichen Grenzvölker, der unterdrückten Polen, Letten, Finnern usw. zu rechnen. Man kann das auch auf China und Persien ausdehnen. Diese unsere Haltung entspricht unserem Grundsatz der internationalen Gleichberechtigung aller Völker. Natürlich liegen wir unsere größte Hoffnung darauf, daß aus dem russischen Volke selbst eine revolutionäre Bewegung hervorgerufen und das despottische Element beseitigt wird, aber wir könnten schon vorher selbst eine vernünftige auswärtige Politik gegen den Panarismus treiben. Ebenso wie jetzt die Balkanstaaten, werden auch alle sonst heute noch unterdrückten Völker einmal zur Selbständigkeit kommen. Die Regierungen werden auf diesem Gebiete unseren Spuren folgen müssen wie auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung usw. Das ist keine Drohung, das ist kein Rücksicht, das ist der Geist des ehrlichen Manns. (Lebh. Beifall bei den Soz.) Wir wissen, daß die Forderungen, die wir vertreten, einmal notwendig auf Grund der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zur Durchführung kommen müssen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Präsident K e e m p f : Ich habe Eindruck genommen in das Stenogramm Ihrer Äußerungen über den Fall Sohni; sie enthalten eine schwere Beleidigung des deutschen Kaisers, für die ich Sie hiermit zur Ordnung rufe. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Jagow: Auch ich möchte Verwahrung einlegen gegen die Äußerung, die der Abg. Ledebour gegen den Herrn eines bestreitenden Landes und dessen Politik gebracht hat. Ich glaube mich hier mit der großen Mehrheit des Hauses einig. (Bravo! rechts.)

Präsident K e e m p f : Ich möchte dem Herrn Staatssekretär bemerken, daß ich diese Äußerung bereits gerügt hatte. Damit scheidet sie aus der Verhandlung dieses Hauses aus. (Bravo! links.)

Prinz zu Schönau - Carolath (NQ): Auch wir halten die Vorfälle in Nancy für höchst bedauerlich. Auch wir möchten fragen, warum wir keine amtliche Nachricht über die Landung des Zeppelin in Luneville erhalten haben. Ganz verkehrt war es auf jeden Fall, daß man kameradschaftliches Verhalten von den französischen Offizieren erwartete. Gegen Lutscherungen des Publikums gibt es kein Mittel, wohl aber kann man fortsetzen Verhalten der Behörden verlangen. (Sehr richtig!) Daran hat es in Nancy offenbar gefehlt. Herrn Bernheim mache ich darauf aufmerksam, daß der Tripolitria von einem großen Teile Sozialisten in Italien gebilligt worden ist. Die abziehenden und die zurückkehrenden Truppen sind in ganz sozialistischen Städten begeistert begrüßt worden. (Hört, hört!)

Dr. Müller-Meiningen (Rp.): Der Vorfall in Luneville beweist die Notwendigkeit der internationalen Regelung des Luttrechts. In der Beurteilung des Falles in Nancy hat Herr Ledebour Licht und Schatten doch recht einseitig verfehlt. Es handelt sich offenbar um einen Exzess des französischen Chauvinismus, den kein deutsches Abgeordneter beweisen sollte. (Sehr richtig!) Umsomehr bedauere ich das feindselige Vorgehen der deutschen Bürokratie gegen den französischen Abgeordneten Compte-Morel. (Sehr gut! links.) Die Anerkennung der chinesischen Republik wird vom ganzen Reichstag gefordert. Die Abweichenheit unserer Diplomaten in wichtigen Momenten ist eine nur zu häufige Er-scheinung. Herr v. Wangenheim war, als der Balkanbund abgeschlossen wurde, in Korfu, um die Unwesenheit des Kaisers vorzubereiten (Hört, hört!) und gleich darauf ging er auf Urlaub. Übertragen wurde unsere Diplomatie auch von dem französisch-englischen Abkommen und von der Union Jack. (Hört, hört!)

Unterstaatssekretär Z i m m e r m a n n : Der Anerkennung der Republik China werden wir näher treten, sobald die Präsidentenwahl vollzogen ist, und wir werden Ihnen dann wieder einmal zeigen, daß wir rasch und entschieden arbeiten können. Herr Müller-Meiningen belegte, daß wichtige diplomatische Posten bei drohenden Verwicklungen von den Geheimen verliehen seien. Diese sind eben auch Menschen, die ihren Urlaub haben müssen. Informiert sind wir jederzeit gewesen, und wohl eben so gut, wie Herr Müller-Meiningen, deren Informationen auf Elsass und Lothringen beruhe. (Oho! links.)

Präsident Baasche: Ich habe es für nicht am Platze, daß Abgeordneten, die gewisse hohe Informationen einholen, vorgezogen werden, ihre Informationen beruhen auf Gleicher und Freier. (Sehr richtig! links.)

Unterstaatssekretär Z i m m e r m a n n : Ich weiß nicht, ob das derzeitige Prinzip eines Staatssekretärs ist, dem Präsidenten zufolge. (Zustimmung rechts, Abg. Kreeth russisch Zustimmung, Abg. Verfassungswidrig, Verfassungswidrig, Verfassungswidrig, Lachen links.)

Vizepräsident Baasche: Ich habe keine Kritik geübt, sondern nur gewünscht, daß solche Äußerungen Mitgliedern des Hauses gegenüber nicht stattfinden. (Lebh. Zustimmung links.)

Herr v. Jagow (WBg.) wünscht keine Einmischung in die inneren Verhältnisse der Türkei und Rumäniens zugunsten der Armenier und Juden.

Pfeifer (B.): Das erste chinesische Parlament ist jetzt zusammengetreten, und ich hätte es nicht für unopportunit gehalten, wenn wir aus dem Reichstag heraus eine Begrüßung an das chinesische Parlament gesandt hätten. Mehr als Everests an unserer Ostgrenze kann uns noch eluan China gegen Russland nutzen. Hoffentlich erfolgt das angekündigte "Mäherstreben" der Anerkennung der chinesischen Republik recht schnell. Der vom Dalai Lama mit dem Gutshuktu, dem buddhistischen Oberhaupt der Mongolei, abgeschlossene Vertrag entzieht sich nach der Erklärung des Unterstaatssekretärs in der Budgetkommission der "diesseitigen Kenntnis", vielleicht deshalb, weil unser zuständiger Vertreter kein chinesisch versteht? (Heiterkeit.) Der Unterstaatssekretär möge sich nach dem Vertrage umtonen, gelingt es ihm nicht den Wortlaut zu erfahren, so werden wir den Vertrag bei der dritten Lesung auf den Tisch des Hauses niederlegen. (Gr. Heiterkeit.) Bei den Dummköpfen, die unsere Diplomaten im Ausland begehen, muß man ja zugeben, daß zuweilen auch der alte Homer schlafst, aber man muß doch wünschen, daß an der manchmal notwendigen lokalen Abwesenheit nicht so oft eine Geistesabwesenheit tritt. (Große Heiterkeit.)

Unterstaatssekretär Z i m m e r m a n n : Ich habe nur den objektiven Wert der Informationen des Abg. Müller-Meiningen kritisieren wollen. Von dem Vertrag zwischen dem Dalai Lama und dem Gutshuktu haben wir offiziell keine Kenntnis; den vom Abg. Pfeifer in Aussicht gestellten Wortlaut des Vertrages kennen wir auch, wir wissen aber nichts, ob er authentisch ist. Gedanklich werden wir dafür sorgen, daß wir dort die offene Tür behalten.

Vaasche (Mal.): Unsere Zukunft liegt auf und über dem Wasser. (Widerspruch bei den Soz.) Jawohl, wir sind zu einer Weltwirtschaft gezwungen. Unsere Diplomatie darf nicht immer nur fragen, was der König von Montenegro oder Serbien tut. Zug aller Freundschaft werden wir nach Montenegro auch nicht einen einzigen Regenschirm mehr verkaufen. (Sehr richtig! bei den Mal.) Um unserer wirtschaftlichen Einfluss in Ostasien zu stärken, müssen wir vor allem die deutschen Schulen dort vermehren.

Staatssekretär v. Jagow: Ich habe auf den Ordinarius des Präsidenten gegen den Abg. Ledebour wegen seiner Angriffe auf die russische Regierung Bezug genommen, muß aber für mich in Anspruch nehmen auch meinerseits gegen Äußerungen Verwahrung einzulegen, die ich im Interesse der auswärtigen Politik nicht für schieflich erachte.

Dr. Welt (D.): Wenn auch heute noch kein abschließendes Urteil über die Vorfälle möglich ist, so scheint es doch auch nach französischen Berichten zuzutreffen, daß dort außerordentlich bedauerliche und nicht schwer genug zu mißbilligende Ausschreitungen vorgekommen sind, doch dürfen aus diesem einzelnen Vorgang nicht allgemeine Schlussfolgerungen gezogen oder aus ihm auf die Stimmung in ganz Frankreich geschlossen werden. (Sehr richtig! links.) Vor allem darf man nicht den Vorwand zu der Behauptung daraus neigen, daß der Chauvinismus in Frankreich alle anderen freiheitlichen Regungen unterdrückt. zunächst sind die Urteile der Pariser Presse selbst der beste Gegenbeweis. Sie hat mit erfreulicher Offenheit gegen die Ausschreitungen in Nancy Stellung genommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Und außerdem herrscht gerade in Nancy ein außerordentlich starkes chauvinistischer Geist, was sich ja erläutert schon durch die geographische Lage. Unsere Partei hat deshalb auch in Nancy, wie in ganz französisch Lothringen die größten Schwierigkeiten, sich gegen den Nationalismus durchzusetzen. Also aus diesem Einzelfall darf man keine weiteren Konsequenzen ziehen. In dieser Debatte und auch bei den Grüterungen über die Militärvorlage ist der Chauvinismus in Frankreich sicherlich nicht ohne Absicht in seiner Bedeutung und Wirkung außerordentlich übertrieben worden. Es gibt chauvinistische Geister dort wie hier, so schlimm, aber auch nicht schlimmer, als hier. (Sehr richtig! links.) Allerdings werden irrtümliche Verdulden über das angebliche Überhandnehmen des Chauvinismus in Frankreich ebensowenig wie etwa die engherzigsten und turzsichtigen Maßnahmen der deutschen Behörden in Magdeburg und Braunschweig den notwendigen Annäherungsprozeß zwischen Deutschland und Frankreich ernstlich hindern können. Die Sozialdemokratie in beiden Ländern wird jedenfalls ihre Aktion in diesem Sinne fortsetzen. Was die sogenannte elsass-lothringische Frage anlangt, so ist es ja richtig, daß man in gewissen nationalistischen Kreisen Frankreichs noch von der Notwendigkeit der Befreiung Elsass-Lothringens durch die Revanche spricht. Aber diese Kreise haben auf die französische öffentliche Meinung selbst nur einen ganz geringen Einfluß, wie z. B. die letzten Wahlen zum Pariser Gemeinderat bewiesen haben. Auch ist dies Argument gerade in der letzten Zeit wirkungslos von den Elsass-Lothringern selbst zerstört worden durch die Kundgebungen unter Beteiligung Angehöriger aller Parteien, bei denen allseitig betont wurde, daß niemand im Lande auch nur entfernt daran denke, um den Preis eines Krieges irgendwelche Wünsche erfüllt zu sehen. Auch in der "Humanité" sind Interviews Bürgerlicher Vertreter veröffentlicht worden, die sich im selben Sinne äußern. In Elsass-Lothringen wünscht man keinen Krieg, sondern wünscht die Lösung der sogenannten elsass-lothringischen Frage durch die Herbeiführung der Autonomie, der Selbstregierung und Selbstverwaltung durch die elsass-lothringische Bevölkerung. Nur die Altdutschen dort wollen davon nichts wissen. Ein Beweis für die Angstlichkeit, die in diesen Kreisen vor der Gewährung solcher Rechte besteht, ist die Tatsache, daß mit heute in Elsass-Lothringen noch nicht einmal ausländische Konsulate haben können. Offenbar fürchtet man, daß dort einmal die Tricolore aufgezogen werden könne. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aus derart überlegenen Gesichtspunkten wird eine Einrichtung vermieden, die Handel und Industrie braucht; mit solcher Engherzigkeit und unbegreiflichen Angstlichkeit begegnet man jeder selbständigen Regierung des elsass-lothringischen Volkes. Wir wollen die Gleichberechtigung mit den andern Bundesstaaten nicht als Gnadengabe, sondern sehen darin die Erfüllung eines Rechtsanspruches. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die Regierung und die Parteien sich von jenen engherzigsten Auffassungen befreien würden, so würden sie damit am besten und wirksamsten die Verbindung dieser beiden großen Kulturrationalen vorbereiten. (Lebh. Beifall bei den Sozialdem.)

Uhlhorn (F.): Ich tritt für besseren Schutz der deutschen Interessen in Marokko ein.

Dr. Spahn (B.): Tadel, daß die deutschen höheren Schulen in China das Englische zu einem obligatorischen Unterrichtsgegenstand gemacht haben.

Dove (Wpt.): Unsere Diplomaten sollten vor allem moderne Menschen sein, die das moderne Leben der Völker verstehen. (Sehr richtig! bei den Wpt.)

Dr. Müller-Meiningen (Bpt.): Ich halte die Zulässigkeit meiner Informationen unter allen Umständen aufrecht. Mit der Erklärung des Staatssekretärs ist im übrigen die persönliche Seite der Sache für mich erledigt. In unserem Recht und auch an unserer Pflicht schärfste Kritik zu üben, halten wir unter allen Umständen fest. Bravo! bei dem Bpt.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.
Schluß 6½ Uhr.

Aus der Partei.

Die Polizeitaten im preußischen Abgeordnetenhaus vor dem Reichsgericht. Endlich ist gegen die Genossen Borhardt und Leinert der Termin vor dem Reichsgericht angeföhrt worden, und zwar auf den 23. April 1913, vormittags 9 Uhr, vor dem zweiten Strafzenat. Am 28. September 1912 hat bekanntlich das Landgericht I zu Berlin den Genossen Borhardt zu 100 Mark und den Genossen Leinert zu 50 Mark wegen angeblichen Haussiedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt verurteilt. Es handelt sich um die Affäre im preußischen Abgeordnetenhaus vom 9. Mai vor Jahren. Damals wurden, wie erinnertlich, auf Geheiss des inzwischen verstorbenen Präsidenten v. Erffa ein Polizeileutnant und vier Schutzleute in das Haus beordert, um den Abg. Borhardt zu entfernen, wobei sie auch handgreiflich gegen Leinert wurden. Trotzdem wurde nicht Anklage erhoben gegen die Polizeibeamten, sondern gegen die beiden Volksvertreter. Schon die Strafammer hat es sehr schwer gefunden, ihr Urteil zu begründen, und hat dazu nahezu zwei Monate gesucht. Gleich nach Empfang der Begründung, also Ende November vor Jahres haben die beiden Beurteilter Revision eingelebt. Darüber sind nun volle 5 Monate verstrichen, und jetzt erst ist das Reichsgericht in der Lage, einen Termin zur Verhandlung über diese Revision anzusezen. Es muß sich also die Sache sehr gründlich überlegen haben. Man wird ja sehen, ob dieser gründlichen Vorbereitung auch die Verhandlung und das Urteil entsprechen werden. Auf alle Fälle kommt die Verhandlung gerade noch rechtzeitig, um uns im preußischen Landtagswahlkampfe Dienste zu tun.

Magdeburg übertrumpft. In einer von der Braunschweiger Sozialdemokratie einberufenen Protestversammlung gegen die Militärvorlage sollte der französische Deputierte Compère-Morel sprechen, dem am Sonntag das Auftreten in einer Magdeburger sozialistischen Versammlung polizeilich untersagt worden war. Das Polizeipräsidium hat dem Abgeordneten der "Braunschweiger Landeszeitung" zufolge nach seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhof sofort einen Ausweisbefehl zustellen lassen. Compère-Morel mußte mit dem nächsten Zuge Braunschweig verlassen.

Wegen Bekleidung der Armee ist vom preußischen Kriegsminister gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Danziger Parteblattes, Genossen Herm. Lorenz, Strafantrag gestellt worden. Die Bekleidung wird gefunden in dem ersten Abschnitt der bekannten Soldatengeschichten von August Winnig, besitzt „Preußischer Kommiss“, die die „Volkswacht“ in Danzig zum Abdruck brachte.

Reporter-Phantasi. Das „Berliner Tageblatt“ druckte in seiner Freitagabendausgabe eine Notiz ab, in der der Herausgeber des Blattes behauptet: „Als dieser Tag der verstorbenen Fürst Heinrich XIV. in Schleiz, der Residenz des reuflischen Oberlandes, im feierlichen Gepränge zur letzten Ruhe geleitet wurde, ließen es sich auch das Schleizer Gewerkschaftshaus und zahlreiche als Sozialdemokraten bekannte Einwohner nicht nehmen, die Flaggen auf Halbmast zu leggen.“ Und das „Berliner Tageblatt“ freut sich schon des „Baumstrahles aus Berlin“, der die halbmastflaggenden Genossen nun treffen wird. Das Blatt wird sich diese Freude verknüpfen müssen. Zunächst gibt es in Schleiz kein Gewerkschaftshaus! Es gibt nur ein Lokal, in dem die Schleizer Arbeiterorganisationen ihre Versammlungen abhalten, in dem aber auch bürgerliches Publikum verkehrt. Und wenn der Wirt dieses Lokals es für nötig hielt, seine monarchische Gesinnung am Halbmast zu demonstrieren, so ist das seine persönliche Angelegenheit, die mit der reuflischen Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun hat. Vielleicht tat er auch nur, um seine Feindseligkeiten zu schonen, — eine in Schleiz verständliche Vorsicht. Und die übrigen „zahlreichen als Sozialdemokraten bekannten Einwohner“? Vielleicht brauchte sie der Korrespondent zur Abrundung seiner Notiz. Und weiter erzählt der Korrespondent noch ganz atemlos vor Aufregung: „Die sozialdemokratische Herausgebergemeinderatsmehrheit hörte den Radruf des Oberbürgermeisters für den Fürsten sogar stehe und an!“ Das es stillschweigend geübte Gepllogenheit aller Parlamente ist, einem Toten gewidmete Gedenkorte stehend anzuhören, das braucht der ehrige Korrespondent nicht zu wissen. Der erhöhte „Baumstrahl aus Berlin“ wird also ausbleiben. Aber wäre dem überstolzen Korrespondenten nicht mit einem kalten Wasserstrahl gedient?

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter im Wurmrevier. Am Sonntag, dem 13. April, fanden in Lachen und in Höingen je eine vom Bergarbeiterverband einberufene, zahlreich besuchte Bergarbeiterversammlung statt. Der Zweck der Versammlung war, Stellung zu nehmen zu der von den Christlichen eingeleiteten Lohnbewegung. Bekanntlich hatte am 20. März in Aachen eine Konferenz der Funktionäre des Bergarbeiterverbandes beschlossen, daß es der Bergarbeiterverband ablehne, unter den von den Christlichen aufgestellten Bedingungen eine gemeinsame Lohnbewegung zu führen. In der dort angenommenen Entschließung war auch ausgesprochen, daß man nach dem bisherigen Verhalten der Christlichen nicht glauben könne, daß sie eine ernsthafte Lohnbewegung machen wollten. Es ist darin aber mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes eine ernste Lohnbewegung nach besten Kräften unterstützen und gegebenenfalls mittäpfeln würden. In Flugblättern und Versammlungen sowie in der Zentrumspress behaupten jetzt die Christlichen, der Verband habe auf ihre „höfliche Anfrage“ in beleidigender Weise geantwortet, sich aber geweigert, eine Lohnbewegung mitzumachen. Der Referent in den Versammlungen am Sonntag, Genosse Witt-Böhm, wies nach, daß die von den Verbandsfunktionären beschlossene Resolution nichts Beleidigendes für die Christlichen enthielt. Wenn darin Tatsachen erwähnt seien, die den Christlichen jetzt unheimlich sind, so liege das eben an ihrer eigenen Schuld. Das in der Resolution zum Ausdruck gebrachte Misstrauen gegenüber den Christlichen sei berechtigt. Redner ging die einzelnen Bewegungen der Bergarbeiter seit 1904 durch und beleuchtete die Haltung, die die Christlichen dabei eingenommen haben. Bei allen Bewegungen, mit Ausnahme des Streiks im Jahre 1905, hätten sie noch Berrat geübt. In der Diskussion wurde von mehreren Rednern unter Benennung von Namen mitgeteilt, daß Funktionäre des christlichen Gewerksvereins erklärt haben, sie glaubten nicht, daß der Gewerksverein eine ernste Lohnbewegung machen wollte. In den Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am Sonntag, dem 13. April stattfindende öffentliche Bergarbeiterversammlung erklärt sich mit der von

den Funktionären des Bergarbeiterverbandes am 20. März angenommenen Resolution einverstanden. Sie hält die Haltung des Verbandes gegenüber der vom christlichen Gewerksverein eingeleiteten Lohnbewegung für die allein richtige und mögliche. Wie allgemein bekannt, hat sich der christliche Gewerksverein bei Lohnbewegungen noch stets als unzuverlässig erwiesen; ja, er hat diverse Male hoffnungsvolle Kämpfe der Bergarbeiter um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Organisierung des Streiks unwirksam gemacht und dadurch den Unternehmern zum Siege verholfen. Es kann daher der Verbandsleitung nicht zugemutet werden, zu glauben, daß die Gewerksvereinsleitung jetzt den ehrlichen Willen hat, eine ernste Lohnbewegung zu machen. Die Versammlung fordert daher die Leitung des christlichen Gewerksvereins auf, zu zeigen, daß sie eine ernsthafte Lohnbewegung führen will. Den Beweis hierfür kann sie aber nur dadurch erbringen, daß sie es bei der jetzt von ihr eingeleiteten Lohnbewegung nicht bei leeren Worten bewenden, sondern endlich Taten folgen läßt. Die Verbandsmitglieder versprechen, daß, wenn die Gewerksvereinsleitung erste Schritte zur Herbeiführung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen unternimmt, sie eine solche Bewegung nachdrücklich unterstützen werden. Sollte es zum Streit kommen, dann werden die Verbandsmitglieder ihren Mann stellen und ihr Möglichstes tun, den Streit zu einem für die Arbeiter siegreichen Ende zu führen.“

Der Sabotage-Vorwurf des Preußischen Landes-Dekonomie-Kollegiums. In der Veröffentlichung des Preußischen Landes-Dekonomie-Kollegiums: „Wie kann den Landarbeiter besserer Anschluß in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geboten werden?“ gestaltet sich der Verfasser, ein Dr. W. Asmis den neuerdings in Mode gelkommenen Vorwurf der Sabotage gegen die Sozialdemokratie — lies: Gewerkschaften — zu erheben.

Auf Seite 11 der Schrift wird berichtet:

„Am 4. August 1912 ist unter Führung des Verbandes christlicher Gewerkschaften im Rheingau ein neuer deutscher Weinberg-, Wald- und Landarbeiterverband gegründet worden, der sich dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angeschlossen hat. Den Anstoß zu dieser Gründung hat die radikale Agitation der Sozialdemokratie, die dort bereits zu unerhörten Ausschreitungen, Weinbergzerstörungen und Bergleichen geführt hatte, gegeben.“

Diese Schauerlaut ergänzt Herr Asmis auf Seite 15 seiner Broschüre durch eine weitere Behauptung:

„Ähnliche Kampfsmittel, nämlich das Abbrennen von Getreidemieten und Töten des Viehs in den Koppeln sind kürzlich von einem Sozialdemokraten in öffentlicher Versammlung empfohlen worden; ein häbischer Ausblida, wohin der Klassentankampf standpunktlich führt.“

Der Vorsitzent des Preußischen Landes-Dekonomie-Kollegiums für Arbeiterfragen, Herr Dr. W. Asmis, mußte selbstredend genügend Beweise in Händen haben, wenn er derart scharf formuliert den Vorwurf der Sabotage gegen die Sozialdemokratie und, was verstet in seinen Worten lag, gegen die Gewerkschaften erhob. Man mußte ihn daher veranlassen, mit seinen Beweisen herauszurücken. Der Vorsitzende des Agl. Pr. Landes-Dekonomie-Kollegiums, Graf v. Schwerin-Löwitz, wurde ersucht, er möge den Verfasser der Schrift verlassen, die Tatsachen, Ort und Zeit der Versammlung, Titel der Agitationschriften usw., auf die er seine schwerwiegenden Vorwürfe gründet, mitzuteilen, damit eine Nachprüfung ermöglicht würde.

Darauf kam von dem Landes-Dekonomie-Kollegium folgende Antwort:

„Auf das an den Herrn Vorsitzenden des Kollegiums gerichtete Schreiben vom 23. Januar d. Js. erwidern wir, daß der angeführte Abschnitt auf Seite 11 sich in der Hauptsache auf einen Bericht über die Gründung des „Deutschen Weinberg-, Wald- und Landarbeiterbundes“ aus Nr. 34 des „Rheinländer“ vom 25. August 1912 stützt, welcher hinsichtlich der Weinbergzerstörungen mit schon früher veröffentlichten Berichten von anderer Seite übereinstimmt.“

Die zweite Stelle auf Seite 15 bezieht sich auf Vorfälle in einer Versammlung vom 17. April 1912 zu Sülfze in Mecklenburg, über die in Nr. 18 der „Deutschen Treue“ vom 28. April 1912 kurz berichtet worden ist, und welche uns mündlich ausführlich bestörtigt worden sind.

Wir bemerkten noch, daß in den fraglichen Stellen in Heft 11 unserer „Veröffentlichungen“ nicht etwa behauptet ist — wie man nach Ihrem Schreiben annehmen könnte, — daß die „sozialdemokratische Partei Deutschlands“ oder der „Deutsche Landarbeiterverband“ selber zur Verübung von Ausschreitungen aufgefordert hätten.

(Unterschrift unleserlich.)“

Die hier beigebrachten Tatsachen sind mehr als dürtig. Schwindelhafte Notizen in zwei Blättchen, die der Dissenlichkeit völlig unbekannt sind. Im übrigen will das Landes-Dekonomie-Kollegium mutig zurück. Wenn Herr Asmis behauptet, ein Sozialdemokrat habe in öffentlicher Versammlung die Sabotage empfohlen, muß zweifellos jeder Leser daraus schließen, daß es sich um eine sozialdemokratische Versammlung handelt, in der ein sozialdemokratischer Redakteur den Vorschlag mache. Und wenn im Rheingau die „radikale Agitation der Sozialdemokratie“ den Erfolg gehabt haben sollte, daß ihre Sabotage-Aufforderungen zu den genannten Verstörungen geführt hatten, dann kommt niemand die Sache anders auffassen, als daß hier der sozialdemokratische Partei oder dem Verband, der die gewerkschaftliche Agitation unter den Weinberg- und Landarbeiter treibt, der schwere Vorwurf der Anreizung zur Sabotage gemacht werden sollte. Die für die Veröffentlichung des Herrn Asmis verantwortliche Stelle treibt also, wenn sie den unbegründeten Vorwurf nicht so gemeint haben will. Was es mit der Behauptung der „radikalen Agitation“ auf sich hat, die zu den Weinbergzerstörungen geführt haben sollte, ist mittlerweile von einer Seite festgestellt worden, die sicherlich nicht im Verdacht steht, sozialistenfreudlich zu sein. Der Vorsitzende des christlich-nationalen Landarbeiterverbandes Franz Behrens schreibt in seiner Verbandszeitschrift „Die Rundschau“ vom 8. Februar 1913:

„Schließlich mag noch Herr Dr. Asmis dahin belehrt werden, daß die Winzer im Rheinland, von denen er auf Seite 15 seiner Schrift spricht, die in einer „Lohnbewegung mehrere tausend Weinböden“ (übrigens ist die Zahl sehr stark übertrieben) abschneiden, nicht organisiert waren, also weder einer Gewerkschaft, einem Winzerverein angehört und vom Klassentankampfstandpunkt nichts wußten. Es handelt sich dort lediglich um elend geholzte Weinbergsarbeiter, die bei der teuren Zeit in der sehr teuren Touristen-Rheingegend in Unwissenheit und aus Verzweiflung zu dem allerdings verwerflichen, wahnwitzigen Schritt kamen, als die Weingutsbesitzer ein Entgegenkommen ablehnten. — Soviel steht fest, daß die gewerkschaftlich organisierten Weinbergsarbeiter, weil sie aufgelöst sind, sich niemals zu solchen wahnwitzigen, zwecklosen Racheattacken hinreißen lassen würden. Auch das Abbrennen von Getreidemieten, Tötung von Vieh, das nach Dr. A. ein Sozialdemokrat in einer Versammlung in Mecklenburg empfohlen haben soll, widerstreift den Grundzügen einer gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation.“

Die Winzer im Rheingau waren überdies von Seher von der Klerikerei so gut bewacht und behütet, daß bis zur fraglichen Zeit weder die sozialdemokratische noch die gewerkschaftliche Agitation an sie herankommen konnten. Die Feststellungen bezüglich der von einem „Sozialdemokraten in öffentlicher Versammlung“ empfohlenen Sabotage ergaben folgendes:

In den mecklenburgischen Städten Sülfze fand am 16. April 1912 vom Bauerverband „Arbeitervereine“ einberufene Versammlung statt, in der ein Herr Heuer-Berlin über die Ziele der vaterländischen Vereine sprach. Anderen Tages fand dann eine weitere Zusammenkunft statt, in der die „Gründung“ eines vaterländischen Vereins vorgenommen werden sollte. In dieser Zusammenkunft nun ist die Neuformung von „Mieten abbrennen“ von einem Arbeiter gemacht worden, der noch nie gewerkschaftlich oder politisch organisiert war, allgemein dagegen als Querulant und unzurechnungsfähiger Mensch bekannt ist, und den man zum Eintritt in den vaterländischen Arbeiterverein aufgefordert und zur Besprechung eingeladen hatte.

Das sind die einwandfreien Tatsachen, die dem Beauftragten des Königlich Preußischen Landes-Dekonomie-Kollegiums dazu dienen müssten, der Sozialdemokratie und den Arbeiterorganisationen den unerhörten Vorwurf der Sabotage zu machen. Der Versuch zu kneifen, der in der Antwort auf die Anfrage des sozialdemokratischen Parteivorsitzenden unternommen wird, steht auf der Höhe wie das beredte Schweigen der Scharmacherblätter auf die neuerdings geschehene Festnagelung ihrer Versammlungen durch den Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften.

Der Kampf gegen die vorübergehende Erscheinung. Justiz und Bergarbeiterstreit.

Im Jahre 1890 ist das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie gefallen, seitdem steht die Arbeiterbewegung unter einem — Ausnahmegesetz.

Die nachstehende Zusammenstellung zeigt recht deutlich, daß die im Dienste der Arbeiterbewegung tätigen Personen auch ohne Ausnahmegesetz von der deutschen Rechtsprechung aufs schwerste getroffen werden.

Berichtsjahr	Gefängnis		Zuchthaus		Geldstrafe
	Jahre	Monate	Jahre	Monate	
1890—1891	87	6	4	4	—
1891—1892	80	2	4	2	10
1892—1893	68	7	3	5	31 937
1893—1894	58	8	6	6	43 747
1894—1895	64	10	1	1	18
1895—1896	84	8	1	1	34 120
1896—1897	118	8	3	3	31 773
1897—1898	54	7	3	3	28 229
1898—1899	74	1	—	—	19 948
1899—1900	64	7	2	2	32 251
1900—1901	32	11	2	2	16 427
1901—1902	48	8	—	3	26 909
1902—1903	36	5	6	—	17 659
1903—1904	48	2	—	—	16 707
1904—1905	65	7	2	2	21 552
1905—1906	66	1	4	2	15 400
1906—1907	38	10	2	2	24 861
1907—1908	18	8	4	—	30 600
1908—1909	27	10	2	—	38 446
1909—1910	36	10	1	1	28 450
1910—1911	26	1	2	4	30 524
1911—1912	20	7	15	—	32 609
Die Bestrafung des Bergarbeiterstreits 1912:		30	11	4	—
					16 345

In den letzten Jahren hat die ganze Arbeiterbewegung nicht solchen Eifer der Staatsanwälte und Gerichte erzeugt, wie allein der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Die Höhe der Bestrafungen ist das Angstbarometer der bürgerlichen Gesellschaft. Das Forder der Grubenarbeiter ist ihr auf Herz und Nieren gegangen. Wenn schon die Freunde der Arbeiterrechtslosigkeit mit Paragraphen bewaffnet sind, die Bergarbeiter hatten trotzdem das Recht auf ihrer Seite.

Soziales.

Steigendes Risiko der Bergarbeiter während der Hochkonjunktur. Die Knapphaftsberufsgenossenschaft veröffentlichte jedoch ihre Rechnungsberichte für 1912, das als das erste Jahr der jetzt noch herrschenden Hochkonjunktur gelten muß. Aus dem Bericht ergibt sich die überaus bemerkenswerte Tatsache, daß in allen Sektionen bis auf Sektion 5 (Waldeburg) die Unfälle relativ und absolut zunommen haben, obwohl in einzelnen Revieren sogar noch wochenlange Streiks erfolgt sind, die eigentlich die absolute Besserung hätte unterdrücken müssen. Es hatten entschädigungspflichtige Unfälle zu verzeichnen:

	im ganzen	auf 1000 Ber.

<tbl_r

über die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter gibt der Bericht nebenbei sehr interessante Ziffern Es betrug der Fahrsarbeitsverdienst in:

Sektion Bonn	1911: 1859,14	M.	1912: 1440,55	M.
Sektion Bochum	1911: 1589,06	"	1912: 1751,90	"
Sektion Clausthal	1911: 1280,28	"	1912: 1310,68	"
Sektion Halle a. S.	1911: 1277,08	"	1912: 1182,09	"
Sektion Waldenburg	1911: 1128,94	"	1912: 1182,09	"
Sektion Neustadt	1911: 1128,91	"	1912: 1202,87	"
Sektion Görlitz	1911: 1825,98	"	1912: 1882,65	"
Sektion München	1911: 1276,55	"	1912: 1324,47	"

Die Hochkonjunktur hat also nur eine geringe Steigerung der allgemeinen Hauptheben der wofür sie dem Löhne gebracht, die in Abrechnung garnichts bedeuten will. Den Konjunktur stechen die Kohlenbarone ein, heutlichen Gewerksverein Dank schulden.

Aus dem Gerichtssaal.

Herringsalzene Scharfmacher. Gegen die Malermeister Heppner und Welz in Dessau erhoben acht im Arbeitgeber-Verband organisierte Malermeister Klage auf Schadenerstattung in Höhe von 250 Mark, weil S. und W. die Forderung der Gehilfen durch Abschluß des Tariffs anerkannsten. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht Dessau wurde die Klage abgewiesen, weil ihr jede rechtliche Unterlage fehlt. Der Vertreter der Beklagten bezeichnete die Forderung der flaggenden Malermeister als einen Verstoß gegen die guten Sitten. Dieser Fall der Scharfmacher ist erstaunlich und zeigt, daß sie nicht in der Lage sind, auf Grund des Geiges irgendwelchen Druck auf die anerkennenden Meister auszuüben. Dieser Entschluß wird höchstwahrscheinlich zur Forderung des Friedens im Maler- gewerbe beitragen.

Freisprechung eines Feldwebels. Eine viel erörterte Affäre hat mit einer Freisprechung des angeklagten Feldwebels vor dem Oberkriegsgericht in Straßburg geendet. Angeklagt war der Feldwebel und Fahrlässigkeitspirant Postitzé, der im Februar wegen Beleidigung des Offizierkorps und der deutschen Armee zu zwei Jahren Gefängnis und Degradation verurteilt worden war. Der Tatbestand ist folgender: Der Angeklagte hatte mit seiner Frau das Bierlokal „Pilot“ aufgesucht. Dort waren auch vier Reisende. Es entspann sich ein Gespräch über die politische Lage, in dessen Verlauf die Reisenden den Feldwebel fragten, ob Deutschland gegen einen Krieg gewappnet sei. Nach den Aus sagen der Reisenden soll Postitzé gesagt haben: „Wenn wir Krieg mit Frankreich bekommen, geht es uns noch schlechter als der Türkei. Unsere Mannschaften schwitzen auf die Unteroffiziere und unsere Offiziere sind demoralisiert, die Tüchtigkeit unserer Armee ist überhaupt nicht mehr die gleiche wie in den Jahren 1870/71.“ Daraufhin entsernten sich die Reisenden und erinnerten auf der Hauptwache Anzeige. Die Zeugen widersprachen sich in ihren Angaben, die sich auch nicht mit den Angaben des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ deckten, der in dem Lokal anwesend war. Es wurde festgestellt, daß die Reisenden betrunken waren. Der Hauptzeuge Kast hatte sich von der ersteninstanzlichen Verhandlung gedrängt. Es wurde ermittelt, daß er sich am ersten Verhandlungstage, nachdem er ein ärztliches Attest

erkannt zu haben, in einem Straßburger
hieß. Mehrere als Zeugen zu der Berufung ver-
gelandene Hauptleute des Regiments Nr. 163, die
aus Vergleichtheit den Angeklagten näher kennen, stellen ihm das
beste Leumundszeugnis aus und geben an, daß sie einer
solchen Bekleidung der deutschen Offiziere und der deutschen
Armee nicht für möglich halten. Große Heiterkeit erregten die
Auslagen der Kellnerin des „Pilat“, daß die Herren sich von
der Verfassung und dem Wahlrecht und lautet solchem „Miß“
unterhalten hätten. Das Oberkriegsgericht gab bei Be-
rufung des Zivilverbals statt, daß das Urteil des Kriegsge-
richts auf und sprach den Angeklagten frei. Nach der Urteils-
verkündigung erfolgten laute Beifallstöße.

Eine Tragödie der österreichischen Militärtuhr. Über das standrechtliche Verfahren gegen den Kapitän Bagatza zu Seer dan, wovon wir vor einigen Wochen kurz berichteten, bringt die Wiener "Arbeiter-Zeitung" jetzt nähere Mitteilungen, die die ganze Durcharbeit dieser Militärtragödie enthalten. Das Blatt schreibt: Am 18. März fand hier das 11. Infanterie-Regiment "Jung-Strehemberg" auf einer Übung in der Höhe von Neu-Sedlitz. Der Reiterstabsarzt Johann Bagatz, der 11. Remontage, ein Sohn, sprang während des Manövers alle Anzeichen der Vollzufallenheit. Er stürzte aus der Abteilung heraus. Bloßzusehen kam, daß es heißt, auf Anordnung des Feldwebels, der Grenzschutzherr Oberleutnant Rudolf Sármány von der Spur der Remontage zu dem betrunkenen Mann herangekommen und rief ihm in schmälerer Sprache zu: „Rutsch her nicht wie ein Schwein, marschier wie ein Wiederkäfer.“ Weiter saß Oberleutnant Sármány noch: „Ich verlor die geben Befehl.“ Während der Offizier jedoch wieder an die Spur der Remontage zurückkehrte, nahm Bagatz schwungvoll vom Geweit, legte da, ein Schuß trachte, und warf dann Sármány: „In die Kugel!“

und unter dem zittern: „Neue Worte hören!“ Hätte Oberstleutnant Schramm entdeckt noch Pferde. Er war sofort los: er wußt, daß ihm die Gewichtslage der drei Pferde durchaus Werben war. Das Projekt einer Gymnasialreise war an der Strengeite herausgedrungen. Nach der Zeit sich Wogacz auf polnisch aus: „Rektorium, das habe ich für euch getan! Ich werde gebürgt! Euer Herr will.“ Er wurde sofort entlohnt und verabschiedet. Daß die Zeit des Wogacz' dem unerträlichen Prunkabendgescheiter durchaus passend blieb, da Wogacz nicht nur sein Geheimnis erzählte, sondern noch Auszüge des vorbereiteten Werkes an den Freunden einer zuverlässigen Quelle sandte, aus der er in den nächsten nicht hinzunehmen war. Wogacz ist um nicht in einer normalen militärischen Verbändung verschwinden zu lassen, suchte einmal in jener Kermesse des bischöflichen auf dem Werder über dem abgründigen Mückenschwärze grünen Land ein, ob er dort vielleicht verbündet werden könnte. „Geben kann“ war ihm folgendermaßen abgespielt: Wogacz ist Pferde und dem Zuge & Uhr trüb aus dem Umfert Geschlagenheit noch strecken, zum Sige jedes Regiments, geworden werden, wo Sonnenring füllig in der Nachmittagssonne das Sonnengetücht zusammenhat. Schlagt Ehr habe keinen Fuß im Soße der Pferde-Milizie die in jenen Abend zu den Millionen des Gardekorps Wogacz' ist ja aufgestellt. Schlagt sie haben das Gefürtische, so legt eine Platzfeste Garnison. Aufstellungs-standort des Regimentskavallerie nach dem Sonnengetücht sind. Da sitzen auf dem Oberholz einem Hauptmann einen Oberleutnant, einen Leutnant, den 2. Mann einen Oberleutnant, einen Unterleutnant und den Kommandeur des Regimentskavallerie auf Sitz. Um der 3. Stunde wurde Sennin zu der festgelegten Stunde eingeladen, bei der Höhe der Schwanzes liegen den einen Tropfen zu tun. Dann wurde der angekloppte Sarg der Pferde, das genau vier Minuten (11) dauerte. Sennin schaute wieder auf. Sennin entnahm dem gespannten Pferde einen schweren Stein.

Magazin eine Exerzierpatrone entfernt und sie offenbar durch eine scharfe Patrone erschossen, die er gegen Oberleutnant Rudolf Schramel abfeuerte. Dadurch sollte offenbar der Eindruck erweckt werden, daß ihm nur seine Exerzierpatrone fehlte. Die Schuldfrage wurde einstimmig bejaht: alle sieben Teilnehmer des Standrichtes zogen natürlich ihr Sitten gewehr aus der Scheide, modisch ihre Bejahung ausgedrückt ward. Als das Urteil gefällt war, wurde, und zwar um 8 Uhr 6 Minuten, das Signal „Habt acht!“ geblasen. Der Angeklagte wurde in den Kasernenhof gebracht, es wurde ihm hier das Urteil vorgelesen. Sobald formierte sich sofort der Zug des Exekutionskarres und der Schranken mit dem Angeklagten vor dem Galgen, der am Nordwestrande des Kasernenhofes aufgestellt war. Vagoz trug eine seltene Fassung zur Schau: er wankte nicht im geringsten und war von einer geradezu verblüffenden Ruhe und Ergebenheit. Etwa fünf Schritte vor dem Galgen reichte ihm der Priester noch einmal ein Reliquienkreuz, das Vagoz mehrmals mit Zuhörung klopfte. Dann wurde er zum Galgen geführt und von zwei Gehilfen des Schaftrichters emporgehoben. In dem Moment, als der Schaftrichter Vagoz aus Wien dem Vagoz die Schlinge um den Hals warf, machte dieser ruhig das Zeichen des Kreuzes. Das war um 8 Uhr 18 Minuten. Zwei Minuten darauf, um 8 Uhr 20 Minuten, erstattete der Schaftrichter die Meldung, daß das Amt vollzogen sei. In vier Minuten wurde also die Blutschuld „festgestellt!“ Da konnte natürlich sachgemäß geprüft werden, ob der Mann die Tat im Vollbewußtsein oder im Rausche verübt habe! Da er den Offizier in dem durch die Beichimpfung und die Ankündigung der Urlaubserweigerung hervorgerufenen Affekt ermordet hat, dem seitens der Vollurkundheit gestörtes Bewußtsein nicht standhielt, so wird es die Offenlichkeit außerhalb der durch das Hevorziehen der Vajonette urteilenden Standrichter schmerzen verstehen, wie dieser Word, den ein unseliger Zufall herbeigeführt hat, vorbedacht gewesen sein soll! Der Mörder und sein Opfer: welche Tragödie birgt doch die Militärjustiz!

Die Deutsche Kasernenkultur

steht in allen Teilen unseres lieben Vaterlandes immer noch
in üppigster Blüte. Hier der Beweis durch drei Beispiele.

1. Breugel.

Fast unglaubliche Soldatenstrafen und Schrecklichkeiten, verübt an Rekruten des Königlichen Grenadier-Regiments Nr. 7 in Liegnitz, beschäftigten das Kriegsgericht des 6. Armee-Korps. Zwei Gefreite des Regiments waren der „Vorrichtswidrigen Behandlung“ untergebenet angeklagt. Auf ihien Befehl mußten die ihnen zur „Zubildung“ übergebenen Rekruten, nur mit dem Hemd bekleidet, den Hintern zum Fenster hinausstrecken, ferner mit den mit Sandstücke bepackten Tornistern unter den Bettdecken herumkriechen. Auch die übrigen „bewährten“ militärischen Erziehungsmethoden wurden natürlich in feiner Weise verschlägt. Einer der beiden angeklagten Soldatenschinder zwang sogar einen Rekruten, den ekelregenden Inhalt eines Spucknapfes auszutrinken. Trotz dieser Schrecklichkeiten, die die Rekruten zu ertragen hatten, wagte doch keiner aus Furcht vor weiteren Drangsalierungen Anzeige gegen die Peiniger zu erstatthen. Erst durch das Eingreifen dritter Personen wurde Anzeige gegen beide Vorgesetzte gemacht, worauf ihre sofortige Verhaftung erfolgte. Ende voriger Woche fand unter Auschluß der Öffentlichkeit in der Kaserne des Regiments die Verhandlung statt, die zwei Tage in Anspruch nahm. Jeder der beiden angehenden Stellvertreter Gottes auf Erden wurde zu sechs Monaten Festung verurteilt.

Ein armer Schlucker, dessen Blut bei einer so geradezu bestialischen Behandlung in Wallung gerät und der zur Selbsthilfe greift, würde — im Interesse der Disziplin natürlich — sicher noch lange nicht so billig davongetragen sein, wie die beiden Muster-„Gezieher“ zusammen. Sonderbar ist es, daß den übrigen Vorgesetzten die Schindereien der beiden Gefreiten so lange verborgen bleiben konnten. Ohne den bei uns schon in Fleisch und Blut übergegangenen Radikalengehorsam wäre so etwas natürlich unmöglich.

2. Bauteile.

Der Unteroffizier Wilhelm Klemmert im 10. Feldartillerie-Regiment in Erlangen hatte sich wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt zu verantworten. Der Unteroffizier hatte sich von einigen seiner Leute Geld geholt. Einmal liegen zwei Soldaten, die in des Unteroffiziers Zimmer legen, ihre Säbel lange Zeit auf ihren Betten liegen. Der Unteroffizier nahm die Säbel an sich und sperrte sie in seinen Schrank. Die beiden Soldaten waren über das Verhören ihrer Säbel natürlich in großer Sorge. Der Untere fügt stellte hierauf den Leuten in Aussicht, daß er ihnen ihre Säbel abnehmen könne, wenn sie einige Märkte in Nürnberg besuchten. Der eine der Soldaten zahlte hierauf 3 Pf. der andere 5 Pf. an den Herren Unteroffizier. Das Kriegsgericht Sulzbach erkannte auf zwei Monate Gefängnis. Der Vaterchef des Unteroffiziers erklärte, daß er seine Söhne nicht vom eigenen Geschwader trennen wolle.

2. 亂世の政治家

Am dritten Kriegsgericht in Ulm hatte sich am Mittwoch der Sanitätskörperbeamte Fug wegen Bekleidung eines Untergetriebenen zu verantworten. Am 7. Februar d. J. starb im Garnison Lazarett der Wüstetier Ruhlein an Lungenentzündung. Am 15. Februar veröffentlichte die „Fr. Volkszeitung“ einen Artikel: „Soldaten seien ich öön“, worin unter andern dieser Fodefall und die demselben vorhergehende „revierärztliche“ Behandlung des verstorbenen Ruhlein einer Kritik unterzogen wurde. Es hieß darin, daß Ruhlein, nachdem er sich am 1. Februar krank meldete, aber vom Offiziersarzt Dr. Wuttm nicht krank gesetzt wurde, er endlich erst am 3. Februar mit „leichtem Bronchialkatarrh“ reisefertig gepronstet wurde. Dienstag, den 11. Februar, wurde endlich auch die Notwendigkeit der Überstellung ins Lazarett angeordnet. Als der Arzt an diesem Tage die Ressortküche verlassen hatte, befahl der Sanitätsjägermeister Ruhlein aufzustehen, mit den Worten: „Stehe auf, Du faules Hase, Du Trücker get, Du stinkiges Vieh!“ Gleichzeitig riss er ihm die Bettdecke herunter. Als Ruhlein noch erfolglosen Versuch wieder aufs Lager sank, jagte Fug in höhnischem Ton: „Leg Dich hin, leg Dich ja hin, Du stirbst, Du stirbst!“ Der Angeklagte gab zu, den Ruhlein Trücker get geheißen, die andern Schwurwörter aber nicht gebraucht zu haben. Die Bettdecke habe er „nur aufgeschlagen“. Ein lange erkannte sich aber genau aller der oben genannten Schimpfwörter und der brutalen Art des Begeißelns der Dechte, so daß der Gerichtsblog davor. Das Gericht erkannte

Und angeführt sollet Vorfälle, die ja durchaus nicht vereinzelt vorkommen, wie die ständigen Mittälerungen in der Presse beweisen, wundern mich so „heute“ Oder? nein, wenn das deutsche Volk wachsenden Höfchen vor Südti-

Aus Nah und fern.

Genosse Willi in Karlsruhe ist von seinem Amt als Stadtverordneter und Mitglied des Stadtverordnetenvorstandes sowie auch von dem als Arbeitersekretär zurückgetreten. — Wir stimmen mit der „Dresdener Volkszeitung“ überein, wenn sie dazu bemerkt: „Wir möchten darauf hinweisen, daß wir in seiner Beurteilung keinen genügenden Grund für einen solchen Verzicht auf seine Ämter erblicken können.“

Ein moderner Blaubart. In Frankfurt a. M. wurde der 50jährige Künstler und Fechtmeister Karl Hopf verhaftet, der von seinen Nachbarn wegen Giftmordversuch an seiner Frau angezeigt worden war. Bei der Haussuchung wurden große Mengen von Cyanfall und Arsen gefunden. Weitere Nachforschungen ergaben, daß Hopf, der zum dritten Male verheiratet ist, bereits zweimal hohe Lebensversicherungssummen von den Versicherungsgesellschaften, bei denen seine beiden ersten Frauen versichert waren, erhalten hat. Seine jetzige Frau, die mit 80000 Mark versichert ist, kränkelt seit Dezember vergangenen Jahres und die ärztliche Untersuchung hat ergeben, daß sie gleichfalls an Vergiftungsercheinungen leide. Hopf wurde auf den Kopf zugesagt, daß er seine Frau zu vergiften versucht habe. Er brach völlig zusammen und gab zu, seiner Frau verschiedentlich hohe Dosen von Arsenik verabreicht zu haben.

Ein aktiver Generalabschnitt als Spion. Aus Wien wird geschrieben: Hier ereignete die Verhaftung eines aktiven Offiziers, der das größte Vertrauen des Generalstabs genoss, wegen Spionage das größte Aufsehen. Die Kriegsverwaltung sucht den schmählichen Vorfall zu vertuschen und hat die „Arbeiter-Zeitung“, die als einziges Blatt die Verhaftung meldete, konfisziert — obwohl für die Beklagnahme nicht die geringste gesetzliche Begründung gegeben ist. Die Verhaftung erfolgte folgendermaßen: Der Verhaftete ist der Oberleutnant Bedomil Sandric; mit ihm wurde auch sein Bruder Alexander verhaftet. Beide sind Serben und Söhne eines Militär-

beamteten in Serajewo. Die Brüder lebten sehr flott. Durch ihre verschwenderische Lebensweise und ihren Verkehr mit den Damen der Welt, in der man sich nicht zu langweilen pfleat, häussten sie bald eine gewaltige Schuldenlast an. So besetzte nun Oberleutnant Jandric mit Russland in Verbindung zu treten. Der russische Militärrattakas soll sogar in der Wohnung der Brüder häufiger Gast gewesen sein. Jandric wurde in der Kriegsschule infolge seiner Verwendbarkeit mit der Bearbeitung außerordentlich geheimet Glaborate betraut. Er kopierte nun Pläne und verkaufte sie um bedeutende Summen an Russland. Durch die großen Geldausgaben eines Bruders wurde die Aufmerksamkeit der Polizei erregt. Dieser gab sich als Maler aus. Polizeiagenten überwachten den „wohlhabenden“ Maler und schon in den ersten Tagen der polizeilichen Nachstellungen wurde sein Verkehr mit Agenten der fremden Macht festgestellt. Als nun die Schlinge um die Brüder immer enger gezogen war, wurde die Kriegsverwaltung in Kenntnis gesetzt. Dienstag früh begaben sich die Organe der Staatspolizei und Major-Auditor Jaroslav Kunz in die Wohnung der Brüder. Die Tür wurde ihnen vom Offiziersdiener des Oberleutnants geöffnet. Major-Auditor Kunz ging eilig durch das Vorzimmer zur Zimmerschlüle. Als der Oberleutnant den Major-Auditor erblickte, eilte er zu seinem in dem Speisezimmer stehenden Schreibtisch. Doch Major Kunz rief in lautem Tone: „Halt! Herr Oberleutnant, ich habe den Auftrag Sie zu verhaften, und ich bitte, mir ohne Widerstand zu folgen!“ Zugleich betraten die Detektivs das Schlafzimmer des Alexander Jandric. Auch er wurde verhaftet. In der aus drei Zimmern bestehenden Wohnung wurde nun eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Es wurden auch Aufzeichnungen über die bedeutenden Summen gefunden, die die Brüder aus Warschau, Paris und Budapest erhalten. Die Verhaftung der beiden wurde streng geheim gehalten und das Haus, in dem sie wohnen, unauffällig überwacht, um vielleicht noch Mitschuldige zu erwischen. Es soll nun die Verhaftung noch eines Offiziers bevorstehen. Der Fall Jandric soll im Zusammenhang mit der Spionage stehen, die der vor einigen Tagen in Budapest verhaftete angebliche englische Sprachlehrer Braburk betrieben haben soll. Es wird behauptet, daß Oberleutnant Jandric, ein alter Freund des Oberleutnants Baron Konrad v. Högendorf, eines Sohnes des Generalstabschefs, sein und diesen so getäuscht haben soll, daß er durch die Fürsprache des jungen Konrad zu besonderen Arbeiten herangezogen

Tragödie eines englischen Fliegers. In London erregt die Ermordung eines jungen Fliegers Aufsehen. Der Flieger Julian Hall, der erst vor acht Tagen sein Führerzeugnis erwarb, wurde heute morgen von einem Mädchen, das unter dem Namen Jennie bekannt ist, erschossen. Die Tat geschah in der Demmansstraße im Sohoviertel, wo namentlich Franzosen und Italiener wohnen. Die Mörderin wurde verhaftet. Sie befand sich in großer Aufregung und behauptete bei ihrem Verhör, sie und Hall hätten verabredet, daß sie Jennie, dem jungen Hall in den Mund schießen sollte. Jennie sagte, sie hoffe, die Folgen des Schusses seien nicht schlimm. Als sie hörte, daß Hall tot sei, brach sie ohnmächtig zusammen. Das Mädchen stammt aus Schottland und unter-

hielt mit Hall seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis.

Die kleinste Republik der Welt. Im alten Europa hat sich ein neuer Staat gebildet: eine Republik, kleiner als die von Andorra, als San Marino und das Fürstentum Monaco. Ihr Er scheinen hat noch zu keiner internationalen Verwirrung geführt. Als Italien seinerzeit den Entschluß fasste, sich auf den zwölf größten Sporaden festzusezen, empfanden auch die kleinen, fast ausschließlich von griechischen Christen bewohnten Inseln Lust, das türkische Joch abzuschütteln. So die Liliputinsel Nicaria. Die Mehrzahl der Einwohner war zeitweilig ausgewandert, wovon dann manche nach den letzten Kriegsereignissen wieder zurückgekehrt waren. Diese veranlaßten die übrige Bevölkerung, sich zu bewaffnen und die Zitadella zu stürmen. Die türkische Besatzung — ganze 12 Mann — ergab sich ohne Schweißtropfen und wurde mit dem Gouverneur der Festung nach Kleinasien transportiert. Nach Amt der großen Revolutionen ernannten die Nicarioten eine provisorische Regierung und rießen die Republik aus. Jeder Staat, der etwas auf sich hält, besitzt auch ein Heer; flugs wurde in Nicaria eine Nationalgarde aus 47 Mann gebildet. Ein Präsident wurde erwählt und Briefmarken mit dem Bildnis des Staatsoberhauptes wurden in Umlauf gesetzt. Ein Schiff umkreist täglich die Insel, um gleich einer Schildwache den Zweckort zu rütteln.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schmäck. Drud: Friedr. Meyer & Co.
Fürth im Schles.

